

DER EISENBAHNER



Zentralorgan

des Oesterreichischen Eisenbahn=Personales.

Redaktion: Wien, 7/1, Bentlagasse Nr. 5.

Redaktionschluss vier Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Am jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die zweimal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 40 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Telephon Nr. 2325.

Erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährig	Fr. 2.88
Ganzjährig	5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährig Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährig 9 Franken.	

Wahlspruch:

Was wir begehren von der Zukunft fernern:
Tag Brot und Arbeit und gerühret stehen,
Dah unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Stelle nicht mehr betteln gehen.
O. Serwegh.

Unfallshysterie und Renten-sucht.

In der Begründung der Gesetzesvorlage, durch die die Versicherung der Eisenbahner durch Fortnahme der sogenannten Doppelversicherung verschlechtert werden soll, ist es ein Motiv, das die Regierung mit besonderer Betonung hervorhebt. Nach den Erfahrungen der Bahnärzte erscheint ihr nämlich die Tatsache als feststehend, daß die Unfallshysterie gerade unter dem Eisenbahnpersonal eine so hervorragende Rolle spielt, daß die Fälle von sogenannten traumatischer Neurose nach geringfügigen Verletzungen immer häufiger werden, so daß die Annahme, es handle sich in den meisten solchen Fällen um reine Begehrlichkeitsvorstellungen und nicht um wirkliche psychische Defekte, als durchaus gerechtfertigt erscheint.

Wir kennen natürlich das spezielle Material der Bahnärzte, auf das sich die Regierung stützt, nicht. Aber das Argument selbst ist, seitdem Strümpel die kostbare Wortprägung von „Unfallshysterie und Begehrlichkeitsvorstellungen“ in die medizinische Fachwissenschaft eingeführt hat, ein so allgemeiner Begriff, der immer wieder dazu benützt wird, die Schattenseiten unserer Unfallgesetzgebung aufzuzeigen. Daß es gerade bei im Anschluß an einen erlittenen Unfall auftretenden Erscheinungen, die auf eine Neurose schließen lassen, auch für den Arzt schwer wird, Simulationen von wirklich vorhandenen Defekten zu unterscheiden, mag gewiß gerne zugegeben werden. Allein, abgesehen von dem Unrecht, das darin liegt, die Simulanten treffen zu wollen, und damit gleichzeitig das große Heer von zweifellos wirklich Kranken zu schädigen, herrschen über die eigentliche Frage, um die es sich handelt, selbst noch sehr geteilte Ansichten. Während nämlich Ärzte, die berufsmäßig sowohl bei der territorialen als bei der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung als Unfallbegutachter fungieren, hinter jedem Unfallsneurotiker den Simulanten wittern, erfährt die Frage bei vielen anderen Fachärzten, darunter sicherlich auch beachtenswerten Autoritäten, eine wesentlich andere Beleuchtung. In einer Reihe von ärztlichen Publikationen über die Frage der Unfälle und ihrer Folgeerscheinungen wird gerade neuestens wieder darauf verwiesen, daß es sich bei vielen Nervenkrankheiten, die nach einem Unfall auftreten, um schon erworbene Berufsschädigungen handelt, denen heute der Arbeiter bei dem Gehen und Gagen, insbesondere aber der Bedienstete des Verkehrs ausgesetzt ist. Es ist ein latenter krankhafter Zustand, bei welchem alsdann der Unfall nur das auslösende Moment bildet.

Bei dieser Gelegenheit sei nun zunächst auf eine Neußerung zurückgegriffen, die der bekannte Wiener Psychiater Professor Dr. Moritz Benedikt vor mehr als drei Jahren in der „Neuen Freien Presse“ machte. Bei der Beurteilung der traumatischen Neurose handelt es sich, wie Professor Benedikt ausführte, um eine erworbene Hysterie, bei der wir alle spezifischen Symptome der letzteren kennen. Soweit nun deren Beurteilung durch den ärztlichen Unfallbegutachter zum Zwecke der Rentengewährung in Frage kommt, kennzeichnet Professor Benedikt die gegenwärtige Vepflogenheit in folgenden beachtenswerten Sätzen:

„Seit der Unfallversicherungsgesetzgebung werden solche Zustände von Experten aus Streberei in inhumaner und ethisch inkorrektter Weise behandelt; man hat mehr Nutzen davon, wenn man sich bei den mächtigen Eisenbahn- und Versicherungsgesellschaften beliebt macht als bei den Geschädigten.“

Es wäre im Interesse der Gerechtigkeit, wenn von Zeit zu Zeit ein höherer Eisenbahner, zum Beispiel ein Vizepräsident oder Direktor und einer der Streberexperten nach einem Zusammenstoß an traumatischer Neurose erkrankten. Dann wäre die Koalition gegen den vollen Genuß der Wohlthaten des Haftpflichtgesetzes von seiten der Beschädigten minder schädigend. Wenn die Gesetzesübung anfangs über das Ziel hinausgeschossen und mit der Sachlage in Widerspruch stehende, die haftpflichtigen Teile schädigende Entscheidungen getroffen hat, so hätte man diese Fehler doch nicht zu einem Druck auf die Richter im dem Sinne ausüben sollen, daß sie ihr Recht, die Experten zu bestellen, mißbrauchen und daß sie die Wünsche der Klageparteien zurückweisen und denselben offenkundig im Interesse der geklagten Partei vorgehende rücksichtslose Streberexperten ausdrängen.“

Bei dieser scharfen und ehrlichen Zurechtweisung darf übrigens noch erwähnt werden, daß mit dieser von sozialpolitischem Verständnis zeugenden Auffassung der Wiener Gelehrte keineswegs allein steht. Schon vor ziemlich langer Zeit vertrat Professor Ledderhose (Berlin) in der „Mertzlichen Standeszeitung“ die Ansicht, daß man bei der Frage der Unfallbegutachtung mit der medizinischen Wissenschaft keineswegs allein auskomme. Drei feststehende, unmittelbar aufeinanderfolgende Tatsachen erachtet daher Ledderhose für die Begutachtung von Unfallskrankungen für gegeben: Volle Erwerbsfähigkeit bis zum Unfall, Unfall, sofort eintretende und andauernde Erwerbsunfähigkeit, alles andere kann so gebütet werden: „Wir müssen uns entschließen, den Unfall für die eingetretene Erwerbsunfähigkeit verantwortlich zu machen.“

Das ist in der Tat auch der einzige Standpunkt, der dem Geiste der sozialen Versicherung wie dem Rechtsgefühl der Arbeiter entspricht. Aller Dogmatismus und alles Schablonenhafte führt dagegen notwendigerweise zu jener bedenklichen Auffassung, die sich heute leider zu häufig schon in unserer Unfallversicherung zum Nachteil der Geschädigten breit gemacht hat. Die Nervosität ist eine Zeitkrankheit die nun einmal ihrem Wesen nach sozialer Natur ist, und die Erkenntnis, daß jeder Unfall von aufgeregten Nerven schwerer getragen wird, als von einem völlig gesunden Menschen, braucht man wahrlich nicht weit herzuholen. Darin liegt unseres Erachtens ein wichtiger Erklärungsgrund für das Ueberhandnehmen von traumatischen Neurosen, die sich selbst im Anschluß an „nur geringfügige Verletzungen“ ergeben. Und gerade deshalb erscheint auch bei strengster sachlicher Prüfung der Motive das, was die Regierung will, als ein schreiendes Unrecht, das sich die Eisenbahner auf keinen Fall gefallen lassen können!

Wohin steuern wir?

Wir leben wieder einmal in einer derartigen staatlichen und nationalen Verwirrung, daß es wohl auch an dieser Stelle notwendig erscheint, sich mit den Fragen zu befassen, von deren Lösung unsere gesamte volkswirtschaftliche und politische Entwicklung abhängt. Das Parlament ist geschlossen, die Regierung Wienerth erscheint unter ganz eigener Zusammenfassung als definitives Ministerium wieder; wenn nach einer neuerlichen Einberufung, des Parlaments die Arbeitsfähigkeit desselben nicht eintritt, soll auf die Schließung die Auflösung und die S. 14 folgen. Alle Parteien, mit Ausnahme der Christlichsozialen und der vollständig inaktiv gewordenen Deutschfreisinnigen bekämpfen das neue Ministerium, weshalb wir uns auf Ereignisse gefaßt machen können, die unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen.

Da die Regierung Wienerth schon in ihrer ersten Zusammenfassung sich als unfähig erwiesen hat, die Ur-

sachen der nationalen Wirren und der daraus hervorgegangenen Obstruktion im Volksparlament zu erfassen und durch eine tiefgreifende, großzügige Aktion für den Ausgleich zu beseitigen, verfiel sie in den Fehler, das Parlament verantwortlich zu machen und mit der Schließung desselben vorzugehen. Als dieser Fehler glücklich absolviert war, beruft Wienerth den Merkantilismus und mit ihm eine Liste von Verfassungsbrechern und abgewirkelten Politikern an die Macht und stellt den Parteien das Ultimatum: Entweder gehorsame Arbeit oder die Herrschaft des § 14! Das heißt doch den Teufel mit Belzebub austreiben und nach dem Rezept des Dr. Eisenbart zu wirtschaften!

Wenn wir wissen wollen, wie unfinnig das System Wienerth ist, so müssen wir auf die Ursachen dieser Staatskrise näher eingehen.

Oesterreich ist von einem Duzend Nationen bewohnt, die in der absolutistischen Geschichte dieses Staatswesens außer den Deutschen, Italienern und Polen indifferente Nationen waren, deren mangelhaft entwickelte Kultur auch kein Nationalbewusstsein auskommen ließ. Als nach dem Jahre 1848 auch diese Völker zu erwachen begannen, forderten sie eine Regelung der sprachlichen und nationalen Rechte und die Regierung brachte im Jahre 1849 im Kremsierer Reichsrat eine ziemlich weitgehende Vorlage ein, welche die nationale Autonomie gesetzlich festlegen wollte. Die Beratung wurde dadurch unmöglich gemacht, daß der Kremsierer Reichsrat mit Strafgewalt auseinander getrieben wurde. Die Bureaucraten und Gewalthaber stellten den Absolutismus wieder her, neben ihn herrschte die Alexiasei auf Grund eines Vertrages zwischen Kaiser und Papst, den man das Konkordat nannte, und die Völker lebten wieder im Dunkel der staatlichen und geistlichen Reaktion dahin, bis dieses System in den Schlachten von Magenta, Solferino und Königgrätz zusammenbrach.

Ende der Sechzigerjahre erhielt Oesterreich eine Verfassung und mit ihr meldeten sich wieder die Völker und reklamierten ihre nationalen Rechte. Da zunächst die Deutschen an die Herrschaft berufen wurden, hätten ihre Regierungen bei dem unentwickelten Zustand die Ansprüche der Nationen leicht befriedigen und ihr eigenes Haus sicherstellen können. Sie taten jedoch weder das eine noch das andere, denn die Volkvertretung war ja nicht auf dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, sondern auf der Landesvertretung und auf Kurien des Adels, der Industrie und der Städte- und der Landgemeindensteuerzahler aufgebaut und es fehlte ihr jede Fühlung mit den lebendigen Volkselementen.

So blieb der Streit ein Kampf zwischen den Privilegierten von Nationen um die Aemter und um den Sprachgebrauch bei denselben. Die Deutschen, die sich etwas auf ihren Patriotismus und ihre Staatsstreue zugute taten, deckten selbstlos jedes Unrecht, jede Unterdrückung nach unten und machten sich dadurch verfaßt, ohne daß sie eigentlich Vorteile daraus zogen. Im Gegenteil. Da die Slawen als industriearme Völker mehr auf die Beamtenstellen angewiesen waren, während die Verhältnisse die Deutschen mehr in die Privatstellungen des Handels und der Industrie drängten, lernten erstere mehr Sprachen und wußten sich in allen Aemtern festzusetzen. Die Deutschen aber wurden in den Aemtern und in ihren Gebieten durch die Umwälzung der Siedlungsverhältnisse weit mehr gefährdet, weshalb auch seit Antritt des Ministeriums Laaffe ihr Einfluß im Sinken war.

Selbstverständlich war es im Verlauf dieser geschichtlichen Entwicklung weder den Deutschen möglich, die Vorherrschaft über die anderen Völker durchzusetzen, noch den Slawen, dem sagenhaften tschechischen Staatsrecht zum Siege zu verhelfen. Die von den Regierungen erlassenen Verordnungen wurden jedoch nach und nach zum Zankapfel unter den Nationen, bis das Privilegienparlament und die Landtage nicht mehr zu arbeiten vermochten.

Als die Arbeiter dieses Privilegienparlament endlich überwunden hatten, trat eine zeitweilige Beruhigung ein. Die Nationen und großen Parteien außer der Sozialdemokratie wurden in die Regierung berufen, das Parlament erledigte das große Werk des Ausgleiches, das Budget und andere wichtige Vorlagen und wenn das Ministerium Deß diese Koalitionperiode benützt und mit unverrückbarer Energie den nationalen Ausgleich in An-

griff genommen hätte, wäre man gewiß auch endlich einmal über diese Schwierigkeiten hinweggekommen. Doch Bed war wie seine Vorgänger der Staatsmann der kleinen Künste und verschob das Ausgleichswerk so lange, bis es wieder unter den Chauvinisten zu brennen begann und die winzige, belanglose Aktuarfrage im böhmischen Landtag zur Obstruktion der Deutschen, zu Prügelfestungen in Prag, Laibach und Deutschböhmen führte.

Ueber Nacht wurde Bed mit seiner Koalition weggespült und an seine Stelle trat der weit hinter Bed zurückstehende Freiherr v. Bienerth, der schon in dem polnisch-ruthenischen Streite und in der christlichsozialen Verwaltungsfrage eine so ungeschickte Hand gezeigt hatte.

Während Bed noch ein geschickter Verhandler war, tat Bienerth überhaupt nichts, als daß er nach der Verfügung des Standrechtes am Jubiläumstage über Prag den Parteien erklärte: Wenn es nicht mit dem Parlament geht, so darf sich niemand wundern, daß die Regierung zum § 14 greift. Dank der mutigen und geschlossenen Haltung der Sozialdemokraten wurde in einer fast unmöglichen Situation das Parlament flott gemacht und arbeitete bis Neujahr, ohne daß jedoch die Regierung die geringsten Anstalten traf, den chauvinistischen Brand zu löschen.

Kein Wunder, daß es bei Zusammenritt des Abgeordnetenhauses nach den Weihnachtsfeiertagen wieder zu Kriseln begann. Es brach der Poststreit in Prag aus, die Regierung verlor jede Autorität gegenüber ihren Beamten, die sich dem Streit der Chauvinisten lustig beigefügten. Die Regierung stellte die Sprachenvorlagen in Aussicht, brachte sie jedoch zu spät ein. Die Sozialdemokraten ergriffen wieder die Initiative, rollten die nationale Ausgleichsfrage auf und beantragten die Einsetzung eines 52gliedrigen Ausschusses, um den Streit zu bannen und in das Gebiet ruhiger Auseinandersetzung zu leiten. Die Regierung sagte kein Wort zu dieser Sache und brachte die Vorlagen erst ein, als das Tugendtschischnationale die Tagesordnung mit Dringlichkeitsanträgen verammelt und mit der Obstruktion eingesetzt hatte. Als sich diese Episode nicht gleich von selbst wieder verflüchtigte, zog Bienerth sein falsches Rezept aus der Tasche und schloß das Parlament. Und dieser unfähige Mann tritt nun mit einem Ministerium auf den Plan, das sonst nichts bedeutet, als die Erfüllung der christlichsozialen Machtgier und die Befriedigung einiger banterer Politiker wie Dr. Graf, Graf Stürgkh, Hochenburger und Dr. v. Bilinski!

Die einzig mögliche Grundlage zu friedlicher Lösung des nationalen Problems, das Parlament, wird von diesen neuen Ministern wie ein böser Käter behandelt, man hält die Schlinge bereit um ihm unter dem Beifall der Herrenhäuser und Klerikalfeudalen den Hals jeden Augenblick zuzuschneiden zu können, während der einzige Weg eine durchgreifende demokratische Verfassungsreform zur Bewältigung der großen Volks- und Staatsprobleme ist. Diesesmal dürften sich jedoch die Herrschaften einmal getäuscht haben. Die Millionen, die das Volkshaus mit ihrem Blute erkämpft haben, werden sich der Katastrophopolitik der neuen Regierung mit einer Kraft widersetzen, an der alle reaktionären Träume zerrinnen müssen. Die Bewegung zur Verteidigung des Parlaments ist im Flusse und sie stellt sich wie die wälzende Lawine den Rückwärtslern entgegen. Mit dem Volksparlament für den nationalen Frieden, lautet die Parole, die durch alle Lande hallt.

Der „Reichsbund“ auf der Flucht.

Man schreibt uns: Die Macher der Ortsgruppe Nikolsburg des Reichsbundes wollten am 14. d. M. eine Zahlstelle in dem benachbarten Feldsberg gründen, sind aber davon gelaufen, ehe es noch zur Konstituierung derselben gekommen ist, nachdem ihr Versuch, eine sozialdemokratische Gegenrede zu verhindern, gescheitert ist.

Feuilleton.

Aus einer stillen Gemeinde.

Von Otto Egger (Graz).

„Wo sprechen Sie doch, Sie sind nicht sein Weib, folglich steht Ihnen die Rechtswohlthat der Aussageverweigerung nicht zu, Sie müssen aussagen,“ leiert der Vorsitzende des Erkenntnisgerichtes mäßig, aber doch nicht ohne eine Spitzigkeit gegen die schöne Zeugin.

„Sie müssen reden,“ erklärte er weiter, „Sie sind ja nicht seine Gattin, Sie sind doch nur seine Geliebte.“

Als hätten sie die Worte „nur seine Geliebte“ zum heftigsten Protest herausgefordert und sie aus der Erstarrung erweckt, in der sie beim Wiedersehen ihres Gefährten, der blaß und niedergeschlagen auf der Anklagebank saß, versunken war, sprang sie jetzt plötzlich auf, wandte sich zum Vorsitzenden und schickte sich an, zu reden. Wie wollte sie dem Gerichtshof klar machen, daß es für sie der Gipfel aller Glückseligkeit ist, die Geliebte dessen zu sein, der ihr der Beste schien auf Erden, daß es für sie kein so schönes, allen Jubel umschlingendes Wort unter den vielen lieben Wörtchen ihrer Muttersprache gibt?

Wollte sie dagegen protestieren?

Nein, sie tat es nicht. Was würde so ein Oberlandesgerichtsrat von Liebe verstehen? Gattin hatte er allerdings eine, die aber heiratete er nicht, um eine Geliebte zu haben, nicht um ihr höchstes Glück zu besiegeln, sondern nur damit er seine Schulden, die ihn fast zum Selbstmord trieben, bezahlen konnte. Darum erschien ihm die Ehe auch wie eine Art Selbstmord mit Milderungsgründen.

Kein Widerspruch war es, was die Zeugin veranlaßte, zu sprechen, nein, sie begann ihre Aussage. Aussage? Eigentlich war es eine Verteidigungsrede für den Geliebten, ohne Zusammenhang, aber leidenschaftlich und wahr.

Stills, ohne weiters befragt zu werden, sprudelte es über ihre Lippen:

„Wir waren glücklich, unendlich glücklich. Aber die Blumenmacherin hat uns fortgehen heißen müssen.“

Vorsitzender: „Wer hat ihr denn gesagt, daß sie auch fortgehen soll?“ — „Der Pfarrer. Er hat uns vertrieben. Sie hat mir's ja gesagt, sie tät's nicht gern, aber der Pfarrer hat ihr

Herr Reindl aus Nikolsburg eröffnete die § 2-Verammlung und meinte, man könnte gleich zur Konstituierung der Zahlstelle schreiten. Genosse Weseley protestierte jedoch gegen eine sofortige Wahlvornahme und forderte den aus Wien erschienenen Referenten Herrn Lohr auf, über das Programm der deutschnationalen Eisenbahnerorganisation zu referieren, damit man erfahre, was die Herren eigentlich wollen, denn man wisse nur, daß der Macher dieser Nachorganisation ein gewisser Herr Kroj ist, der im Parlament mit den Tschechischradikalen die Trompete geblasen hat und daß die Herrschaften bestrebt sind, die Eisenbahner in die nationale Hege zu verwickeln und zu zersplittern.

Herr Lohr (der, wie bekannt ist, aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde, dann bei den Christlichsozialen und Tschechischnationalen Zuflucht gesucht und endlich bei den Deutschnationalen Aufnahme gefunden hat) begann nun mit der Verteidigung des Abgeordneten Kroj, indem er meinte, dieser habe sich bloß einen Wig erlaubt, wozu Genosse Weseley sofort bemerkte, daß auch die Tschechischradikalen nur Wig gemacht haben, dabei sei aber das Parlament geschlossen worden — das erste Volkshaus, auf das die arbeitende Bevölkerung ihre Hoffnungen gesetzt hat.

Nun erzählte Lohr von allem möglichen, aber nur nichts von seiner Organisation; er meinte, daß wir in einer Zeit leben, wo schon Schuhputzmaschinen und Automobile, die Geschosse abfeuern, erfunden sind, hielt dann eine Brandrede gegen das Großkapital (Wenn das die deutschnationalen Fabrikanten erfahren!) und schilderte das Elend des arbeitenden Volkes, wobei ihn Genosse Weseley fortwährend unterbrechen mußte, indem er ihm vorhielt, daß ja alles das, was er da an Sachlichem vorbringe, sozialdemokratische Argumente sind, die er noch von der Zeit her kenne, als er noch Sozialdemokrat gewesen.

Endlich ließ sich dann Herr Lohr doch herbei, deutschnational zu sprechen, geriet aber dabei sofort in eine Sackgasse. Als er pathetisch ausrief: „Wir Deutsche müssen die deutsche Scholle gegen das Slawentum verteidigen!“ unterbrach ihn die Versammlung mit den Worten: „Wir wollen keine nationale Verhegung unter den Eisenbahnern, wir wollen einig unser Recht vertreten!“ Wohl meinte Herr Lohr, daß in wirtschaftlichen Fragen ja seine Organisation mit den anderen nationalen Eisenbahnerorganisationen, wie zum Beispiel mit der „Jednota“, ohnehin einig vorgehe, aber Genosse Weseley führte den Herrn sofort ab, indem er darauf hinwies, daß mit dieser Argumentation nur wieder bewiesen ist, daß wir keine nationalen, sondern bloß eine einzige internationale Organisation brauchen können.

Und als alle Phrasen und Mätzchen nicht verfangen wollten, verlegte sich Herr Lohr in echt deutschnationaler Manier auf Verdächtigungen. Freilich war er vorsichtig und meinte nur, die „Exekutive“, der auch die Sozialdemokraten angehören, habe sich auf vier Jahre dem Eisenbahnministerium gegenüber gebunden. Wohl hat ihn Genosse Weseley unzähligmale aufgefordert, er möge doch als „deutscher Mann“ für das, was er behauptet, auch einsehen und Namen nennen, da ja „Exekutive“ ein unverständliches Fremdwort sei und niemanden vor die Schranken des Gerichtes fordern könne; aber alles war umsonst, denn der „deutsche Held“ kniff aus und wollte absolut keine Namen nennen. Als ihn Genosse Weseley nicht weiterreden lassen wollte, meinte Herr Lohr endlich, er könne keine Namen nennen.

Als der Vorsitzende Herr Reindl (ein besonderes Geisteskind) sah, daß unter solchen Umständen aus der Zahlstelle nichts werden könne, erklärte er, daß man heute die Konstituierung nicht vornehmen könne und er deshalb die Versammlung schliesse. Nun ging aber der Sturm los. Genosse Weseley protestierte gegen dieses echt deutschnationale Vorgehen, das darin bestehe, den Gegner zuerst zu verleumben und ihm dann das Wort zur Entgegnung

zu entziehen. Da die deutschen Reden aus Nikolsburg mittlerweile zur Tür hinausgelaufen waren, so mußte eine neue § 2-Versammlung improvisiert werden, worauf Genosse Weseley das Referat des Herrn Lohr, der noch sitzen geblieben war, gründlich zersäuferte. Er griff auf das Jahr 1893 zurück, in dem die sozialdemokratische Gewerkschaft der Eisenbahner gegründet worden ist — zu einer Zeit, als sich noch keine nationale Partei um die verachteten Eisenbahner gekümmert hat. Als die Regierung Vadeni die Eisenbahnerorganisation aufgelöst hatte, da erübrigte den Tschechisch- und den Deutschnationalen nur ein häßliches Lächeln, denn ihnen war die Rechtlosigkeit der Eisenbahner willkommen. Jetzt aber, wo wir dank des aufopfernden Kampfes der Sozialdemokraten ein allgemeines Wahlrecht haben, drängen sich alle bürgerlich-nationalen Parteien an die Eisenbahner heran, um ihnen die Stimmen abzubetteln. In der Hand zahlreicher Tabellen bewies dann Genosse Weseley, welche Verbesserungen der Besoldungsverhältnisse der sozialdemokratischen Organisationsarbeit zu verdanken sind. Wenn alle Bediensteten nicht zufriedengestellt werden könnten, so sei dies nicht Schuld der koalitierten Eisenbahnerorganisationen, sondern nur den Deutschnationalen, Tschechischnationalen, Christlichsozialen und dem Polenklub zu verdanken, denn diese haben im Parlament den traurigen Mut aufgebracht, den bekannten sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag des Genossen Dr. Ellenbogen, es seien 20 Millionen Kronen über das Prälminare hinaus für die Aufbesserung der Bezüge der Staatsbahner zu verwenden, niederzustimmen.

Als Herr Lohr sich da den Zwischenruf gestattete, daß 20 Millionen Kronen viel zu wenig gewesen wären, fragte ihn der Redner, ob er bei den Deutschnationalen schon so gut versorgt sei, daß er so ohnehin 20 Millionen zum Fenster hinauswerfen könne. Uebrigens, sagte Genosse Weseley, hätten die Sozialdemokraten freudig zugestimmt, wenn die Deutschnationalen mehr gefordert hätten, aber den Deutsch- und Tschechischnationalen und Christlichsozialen hat es sich nur darum gehandelt, die Sozialdemokratie um einen Erfolg zu bringen, wenn auch dabei die Eisenbahner um 20 Millionen geschädigt werden mußten. Die einzig richtige Antwort auf diese schmachtvolle Haltung der national-christlichsozialen Parteien sei darum, daß die Eisenbahner diesen Leuten überall die Tür weisen.

Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners und Herr Lohr wird schon wo andershin auf Gimpelgang ausgehen müssen, denn in Feldsberg ist absolut kein Boden für die Gauleiten einer Kroj-Partei.

Konferenz

der Bahnrichter und Vorarbeiter im Direktionsbezirk Linz.

Am Dienstag den 2. Februar l. J. fand in Linz eine Konferenz der Bahnrichter, Vorarbeiter und Partieführer statt, welche von den meisten Sektionen des Linzer Direktionsbezirktes mit Delegierten gut besucht war, obwohl gerade dieser Tag infolge der großen Schneeverwehungen in Oberösterreich für diese Kategorie sehr ungünstig war.

Außerdem waren Delegierte erschienen von den Direktionsbezirkern Bilsen und Wien, von den Stationen Budweis, Gmünd, Wien zc.

Genosse Weiser begrüßte mit herzlichsten Worten die Erschienenen und gab den Zweck der Konferenz bekannt. Von vielen Genossen waren Zustimmungsschreiben eingelangt, so auch vom Genossen Deml für die organisierten Bahnrichter der Bahnerhaltungssektionen Eger, Karlsbad.

In das Präsidium wurden gewählt die Genossen Schulz (Gmünd) als Vorsitzender und Braun (Linz) als Schriftführer.

„S' befohlen, er hat ihr g'sagt, daß er sonst keine Blumen mehr bei ihr kauft, er könnt' auf 'n Altar der heiligen Jungfrau keine Blumen mehr leg'n, die ein schlecht's Mensch bund'n hat. (Leidenschaftlich): Und ich bin kein schlecht's Mensch, wir hab'n uns gern g'habt und ehrlich forbracht und daß wir nicht g'heirat't hab'n...“

Vorsitzender: „Schreiben Sie nicht so, wir kennen solche Komödien. Na und?“

„Dann hab'n wir fort g'mußt. — Für 's Blumenbind'n hat 's Zimmer nichts kost. — So glücklich war'n wir — niemand hat uns dann mehr nehmen woll'n. Der Pfarrer hat alle abgeredet. Eine Sünde wär 's, hat er g'sagt, wenn zwei ohne priesterlichen Seg'n zusammenwohnen, und mich hat er aus der Kirche gejagt. Ich hab' mich so viel geschämt. Unser Kind hat er nicht taufen woll'n, weil 's ein Banfext wär. — Mein... unser Kind...“

Vorsitzender: „Aber schreiben Sie doch nicht so!“

„Ich hab' dem Hans nichts gesagt, weil er sonst zornig wor'n wär. Wie lang hat 's dauert, bis wir wieder wo wohnen hab'n können! — Der Bot'nmichl hat uns ausg'nommen. Da hat der Pfarrer in der Predigt g'sagt, daß das öffentlich's Aergernisreg'n wär, wenn zwei, so wie wir z'amm'wohnen tä'n, und hat auf die Botin mit 'n Finger g'wief'n, weil sie uns g'nommen hat. Da ist die Botin fast krank wor'n und wir hab'n wieder fort müß'n.“

Vorsitzender: „Waren Sie selbst in der Predigt?“

„Nein.“

Vorsitzender: „Dann wissen Sie auch nichts davon!“

„Die Teut' hab'n mir 's g'sagt.“

Vorsitzender: „Ich bitte, nur das auszusagen, was Sie selbst gehört und gesehen haben, nicht, was andere Ihnen sagten.“

Die Zeugin erzählt weiter: „Niemand hat sich uns mehr zu nehmen getraut und drum hab'n wir im Wag'n'schup'n g'schlaf'n, beim Schmied, wo der Hans in Arbeit war. Da ist der Pfarrer wieder kommen. Geschrie'n hat er, daß der ganze Hof mit seiner Stim'm' ausg'füllt war. Dem Schmied hat er Vorwürf' g'macht und g'sagt, er duib' 's nicht in der Gemeinde, und wenn der Schmied nicht alle zwei hinauswirft, wird er schau'n, daß kein ausländiger Christ die Schmiede mehr betritt. Eine Schand' für 'n gang'n Ort wär eine solche Wirtschaft.“

Die Aug'n müßt' sich der ausschämen, der ein berartiges G'findl unter seinem Dach leide, den könnt' er gar nicht losprechen...“

Der Vorsitzende spielte nervös mit dem Bleistift. Von Zeit zu Zeit unterbrach er die Zeugin mit der Ermahnung, doch endlich zur Hauptsache zu kommen. „Erzählen Sie uns von dem Augenblick, wo sich der Angeklagte auf den Herrn Pfarrer gestürzt hat.“

„Der Richter, der Hans ist schon furchtbar zornig gewes'n und ich hab' ihn nur mit Müß' halt'n können. Der Pfarrer hat nicht aufgehört zu schimpf'n von schlecht'm Beispiel, lieberlichem Leben, sogar Schlamp'n hat er mich geheiß'n. Noch immer hab' ich den Hans, der fortwährend hinaus wollte g'halt'n. Wie der Pfarrer aber schreit: „Schmied, wirf da schlecht's Mensch, die schamlose Dirne hinaus!“ war 's g'fess't. Der Hans hat 's Wagenmittel g'nommen und ist hinausgestürzt und hat 'n Pfarrer auf 'n Schädel g'schlag'n. Er hat m' a's's'n, Herr Richter, weil ich kein schlecht's Mensch bin und keine Dirne, und so hat er m' a's's'n...“

Staatsanwalt und Richter sprangen auf, um dem leidenschaftlich rufenden Mädchen zu erklären, daß das schöne Ansehen der „Schlagenmüssen“. Lauter aber und mit respektvollen Gebärden rufte sie zitternd und weinend: „Ja, er hat m' a's's'n, ich bin kein schlecht's Mensch, der Pfarrer ist ein Schuft ein...“

Große Empörung hat alle am Richterlich erfahrt. Sie protestierten gegen die Meinung der Zeugin, ein allgemeiner Wirrwarr entfiel. Man versteht unter den vielen Rufsen nur den einen gellenden Schrei, der aus einer gequälten und zertretenen Menschenseele kam: „Wir waren so glücklich — der Pfarrer ist schuld... Hans! Hans!“ Sie streckt beide Arme nach dem Angeklagten aus, während sie auf Befehl des Vorsitzenden von Aufsehern weinend und schluchzend zur Tür hinausgedrängt wird. Noch am Gang ruft sie: „Nicht einsperren — Hans! Hans!“

Der Angeklagte hat sich mittlerweile kaum gerührt. Wohl ist er aufgestanden und in seinem Gesicht zuft es nervös, aber kein Laut kommt über seine Lippen. Er hat in der sechs Monate langen Unterfuchungshaft an so vielen Beispielen gesehen, daß in diesem Hause die Menschenrechte nichts gelten, sondern nur die Paragraphen und die Hausordnung. Einen langen, innig-

Als Tagesordnung wurde aufgestellt:

1. Die Lage der Bahnrichter und die stiefmütterliche Behandlung derselben bei den letzten Zugeständnissen des Eisenbahnministeriums.
 2. Wie verbessern die Bahnrichter ihre Lage.
 3. Anträge und Anfragen.
- Beim ersten Punkt der Tagesordnung wurde von allen Rednern an drastischen Beispielen die Lage der Bahnrichter, Vorarbeiter und Partieführer besprochen und klargelegt, daß die Bahnverwaltung die Arbeiter der Bahnverwaltung immer sehr stiefmütterlich behandelt, trotzdem die Arbeit dieser Kategorien physisch bedeutende Leistungen auferlegt. Nicht nur den Unbilden der Witterung, der immer größeren Verantwortung bei der stetigen Zunahme des Verkehrs sind diese Kategorien ausgesetzt, sondern auch die geistigen Leistungen werden immer mehr, durch die fortschreitende Technik und Verbesserung im Eisenbahnwesen. Gar mancher Inspektor hat keine Idee, was es heißt, unter den heutigen wirtschaftlichen traurigen Verhältnissen mit Mut und treuer Pflichterfüllung die Theorie ins Praktische bei der Bahnerhaltung durchzuführen. Dazu kommt noch, daß die Bestimmungen, welche im Interesse des Personals und der Bahn geschaffen wurden, in jeder Sektion anders ausgelegt und meist zu Ungunsten der Arbeiter durchgeführt werden.

Genosse **Solzer** aus Wien besprach die Forderungen, welche bei der letzten Konferenz in Wien am 5. Dezember 1907 aufgestellt wurden und wovon bis heute fast nichts durchgeführt worden ist.

Nach längerer, sehr sachlich geführter Debatte wurden folgende Punkte einstimmig angenommen:

- Anträge für die nächste Zentralpersonal-Kommissionssitzung:
1. Der Anfangsgehalt für Bahnrichter soll 1000 Kr. betragen. (Bereits eingebracht.)
 2. Einreihung der Bahnrichter in die I. Dienerkategorie mit dem Endgehalt von 1800 Kr. (Bereits eingebracht.)
 3. Die Abancementwartzeit soll bis 1400 Kr. je zwei Jahre von 1400 bis 1800 Kr. je drei Jahre betragen. (Ein weitergehender Antrag wurde bereits eingebracht.)
 4. Das Quartiergehalt soll bei 900 Kr. 400 Kr. und so steigend bis zur Gehaltsstufe von 1800 Kr. 800 Kr. betragen. (Bereits eingebracht.)
 5. Den Bahnrichtern z. B. soll ein monatliches Schulpauschale von 10 Kr. gewährt werden. (Bereits eingebracht.)
 6. Einführung von permanenten Dienstfahrliegitationen. (Bereits eingebracht.)
 7. Schaffung einer den Dienst genau präzisierenden Instruktion. (Bereits eingebracht.)
 8. Für jeden Bahnmeistertrahon müssen mindestens zwei definitive Bahnrichterposten nominiert werden. (Bereits eingebracht.)
 9. Festlegung einer genauen Diensterteilung, ebenso der freien Tage und volle Bezahlung für geleistete Überstunden. (Bereits eingebracht.)
 10. Zulassung zur Bahnmeisterprüfung bei 1200 Kr. Gehalt.
 11. Ernennung zum Unterbeamten bei der Gehaltsstufe von 1200 Kr.
 12. Abänderung des Titels „Bahnrichter“ in „Bahnmeisteranwärter“.
 13. Bei Stabilisierung der Bahnrichter soll bei eigenem Ansuchen in der Regel der Dienstalters berücksichtigt werden. (Bereits eingebracht.)
 14. Ausfolgung einer blauen Brille ohne Verlängerung der Tragdauer der übrigen Montur.
 15. Betelung der Vorarbeiter und Partieführer mit der gleichen Montur wie für die Bahnrichter.
 16. Gewährung eines Streckenpauschals von monatlich 20 Kr. für Bahnrichter analog den Bahnmeistern.
 17. Ausfolgung eines Schreibmaterialpauschals für Bahnrichter, Vorarbeiter und Partieführer analog den übrigen Kategorien. (Bereits eingebracht.)
 18. Vorarbeiter, Partieführer sollen im Lohn höher stehen als die Oberbauarbeiter, ebenso soll ihnen ein Erholungsurlaub analog den Bahnrichtern gewährt werden. (Bereits eingebracht.)
 19. Ausfolgung der Amtsblätter.

Schmerzrücken Blick sendet er der Geliebten nach, dann sinkt er wieder auf die Armesüberbank. Träumend starrt er vor sich hin, die Verhandlung interessiert ihn nicht im geringsten, seine Gedanken weilen bei seinem Weib und bei seinem Kind.

Der Vorsitzende schließt die Episode mit dem Bemerkten: „So eine freche Person!“ Dann fragt er den Angeklagten, ob ihn seine Tat reue. Schon wollte er Ja sagen, da fällt ihm seine liebe Gefährtin ein, die getreulich mit ihm Lust und Leid geteilt hat und die der Pfarrer eine Dirne nannte, es fiel ihm sein herziges Kind ein, das zarte Engelchen, das der Pfarrer einen Bänkert hieß, und ohne eine Antwort zu geben, setzt er sich trotzig nieder. Der Staatsanwalt macht sich eine Notiz...

Es wurden noch weitere Zeugen vernommen. Der Schmied, der dem Angeklagten das denkbar beste Zeugnis ausstellte, und der Pfarrer, der einen leidenschaftlichen Ausfall auf das größte der Baster, auf das Konkubinat, macht, dann wurde die Verhandlung geschlossen.

Der Staatsanwalt hält eine lange Rede von dem Edelmut des Herrn Pfarrers, der in seinem Bestreben, das Laster zu beseitigen, von dem rohen Angeklagten schwer verletzt wurde.

Das Gericht sprach den Angeklagten des Verbrechens der schweren Körperverletzung schuldig und verurteilte ihn zu 18 Monaten Kerker. — Während die Geliebte des Verurteilten bei gutem Willen, die sie aufnahmen, um ihr zertrümmertes Glück weint, sieht der von dem schweren Schlag endlich wieder gesunde Pfarrer in der Kirche vor dem Altar und schaut seiner Mähne zu, wie sie Blumen um die Statue der heiligen Jungfrau winnet.

Sieht sie sich in der Kirche um, und als sie sieht, daß die Kirche leer ist, beugt sie sich ein wenig von der Leiter und flüstert dem Pfarrer zu:

„Vergiß nicht aufs Kostgeld schicken, sonst kommt sie wieder her und nimmt den Bub'n mit und die Leute werd'n aufmerksam. Verdächtig ist's ihnen ohnehin schon. Mußt'n weiter weg geh'n, den Frab'n.“

Der Pfarrer nicht verständnisvoll, während sie die letzten Blumen um die Statue legt. Dann gehen beide hinaus. Die geschmückte heilige Jungfrau schien zu lächeln. War's vor Freude über die schönen Blumen oder darüber, daß nun in der ganzen Gemeinde niemand mehr im Konkubinat lebt...?

20. Einteilung der Bahnmeistertrahone in der Weise, daß ein solcher acht Kilometer Länge nicht übersteigen soll.
21. Entschädigung der im Jahre 1901 ernannten Aushilfsbahnrichter durch Ueberstellung in eine höhere Gehaltsstufe.
22. Nach 35jähriger anrechenbarer Dienstzeit Ueberstellung in die Provision, auch ohne eigenes Ansuchen, eventuell Krankenjahre. (Ein weitergehender Antrag wurde bereits eingebracht.)
23. Neuaufgestellten ist mit Ausnahme der Wintermontur als auch der der Brüllschleibung, die übrige Montur in zwei Garnituren beizustellen.
24. Bei Arbeiten außerhalb des Domizilortes oder überhaupt dort, wo sie nicht zu Hause ihr Mittagmahl einnehmen können, soll 1 Kr. Entschädigung bezahlt werden. (Bereits eingebracht.)

Anmerkung: Wir haben bei einer Reihe der vorstehenden Forderungen bemerkt: „Bereits eingebracht“ oder „wurde bereits ein weitergehender Antrag eingebracht“, weil seitens des Zentralausschusses der Personal-Kommission, beziehungsweise seitens des Zentralarbeiterausschusses bereits im Vorjahre, und zwar in den Sitzungen vom 25., 26. und 27. Dezember 1907 gleichlautende oder weitergehende Anträge hinsichtlich dieser Forderungen der Bahnwächter eingebracht und angenommen wurden.

Im weiteren wurde folgender Antrag einstimmig gefaßt:

Die Zentrale soll in kürzester, geeigneter Zeit eine Reichskonferenz der Bahnrichter, Vorarbeiter und Partieführer nach Wien einberufen und soll von dieser Konferenz weg eine Deputation die Wünsche und Forderungen beim Eisenbahnministerium vorbringen.

Ebenso sollen alle Ortsgruppen rechtzeitig von der Einberufung dieser Konferenz verständigt werden.

Hierauf wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung geschritten und besprach Genosse **Weiser** in klarer, sachlicher Weise, wie sich die Bahnrichter als auch die Eisenbahner überhaupt durch den Ausbau der Organisation und durch kräftige Mithilfe ihre wirtschaftliche Lage als auch die Dienstverhältnisse verbessern können. Lebhafter Beifall folgte diesen trefflichen Ausführungen.

Nachdem noch Genosse **Schulz** die Verhältnisse der Bahnrichter in Gmünd und Genosse **Solzer** über den Klub der Bahnrichter in Wien und die dortigen Verhältnisse besprochen, wurde nach Erledigung einiger Anfragen beim dritten Punkt der Tagesordnung die Konferenz nach vierstündiger Dauer geschlossen.

Also nun auf zu eifriger Organisationsarbeit! Bei treuem Zusammenschluß und Solidarität wird der Erfolg nicht ausbleiben!

Konferenz

der Zugbegleiter der k. k. Staatsbahndirektion Wien und der k. k. Nordbahn.

(Wiener Domizil.)

Am 25. Jänner 1909 fand in Türkes Restauration, Wien, IX., Porzellangasse 50, eine Zugbegleiterkonferenz statt, welche die Ortsgruppe IX im Einvernehmen mit der Ortsgruppe XV einberufen hat. Es waren vertreten die Ortsgruppen Wien IX, XV und Nordbahn, Floridsdorf, Eggensburg, Schwarzenau, Gmünd, Krems, St. Pölten, Gaisfeld, Wittmannsdorf und Klosterneuburg.

Die Konferenz begann um 10 Uhr vormittags. Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht der Zugbegleiter-Personal-Kommissionenmitglieder der k. k. Staatsbahndirektion Wien: **Wabisch, Knottel.**
2. Regelung der Wahl der Turnusvertrauensmänner:
 - a) Bericht: **Flögel, Swoboda;**
 - b) Vorschläge und Anträge;
 - c) Beschlußfassung.
3. Ausbau des Vertrauensmänner-systems bei den Zugbegleitern: **Schober.**
4. Einhaltung des Rangstatus bei den Ernennungen: **Wabisch.**

Genosse **Flögel** begrüßte im Namen der Ortsgruppen Wien IX und XV die Erschienenen und verwies auf die Wichtigkeit dieser Konferenz, die die Aufgabe hat, zu dokumentieren, daß die Zugbegleiter des Wiener Direktionsbezirk mit aller Energie den Wunsch aussprechen, endlich eine endgültige und einheitliche Wahlvorschrift zur Wahl der Turnusvertrauensmänner zu erhalten. Die Gegenarbeit der Direktion und der Bahndirektion zur Verschlechterung der Turnusse, um auf Kosten der Zugbegleiter Ersparnisremunerationen zu erzwingen, muß endlich beseitigt werden.

Ueber Antrag des Genossen **Knottel** wurde die Tagesordnung dahin abgeändert, daß der erste als zweiter Punkt gesetzt wurde.

Ins Präsidium wurden gewählt: **Wabisch** als erster, **Flögel** als zweiter Vorsitzender; **Swoboda** als erster, **Degen** als zweiter Schriftführer.

Nachdem Genosse **Wabisch** die Veränderung der Tagesordnung festgesetzt und betont hatte, daß sich die Konferenz bemüht ist, daß die Regelung der Wahl der Turnusvertrauensmänner eine Hauptaufgabe der Zugbegleiter ist, ergriß zu diesem Punkt Genosse **Flögel** (Wien IX) das Wort. Zunächst schilderte er die Erstellung der Turnusse zur Zeit vor dem Erlasse des Eisenbahnministeriums, während welcher wohl die Direktion das Recht gehabt hatte, die Turnusse allein zu erstellen. Daß damals ein großer Unfug in dieser Erstellung geherrscht haben mußte, ersieht man aus dem Umstand, daß sich das Eisenbahnministerium veranlaßt sah, durch einen diesbezüglichen Erlaß die Erstellung der Turnusse zu regeln. Und diesem Erlaß folgten unter anderen auch die Vorschriften betreffend die Bemessung der Dienst- und Ruhezeit, Vorschriften, die deutlich erkennen lassen, daß das Eisenbahnministerium mit der Erstellung der Turnusse noch immer nicht zufrieden war. Die Organisation war damals noch nicht stark genug, um eingreifen zu können; es waren daher die Zugbegleiter insofern vogelfrei, als ihnen weder das Bahnamt, noch die Direktion ein Recht zur Erstellung der Turnusse einräumte. Erst Genosse **Wabisch** ermunterte uns, den Erlaß des Eisenbahnministeriums auszunutzen. Und nach und nach haben wir uns auch die Position erungen, daß wir auf Grund des Erlasses unsere Vertrauensmänner wählen. Die Staatsbahndirektion Wien geht zwar von dem Grundsatz aus, daß wir nicht Vertrauensmänner, sondern Vertreter des Personals haben. Es wird ferner betont, daß diese Vertreter nur während der Erstellung der Turnusse, das heißt während des Zusammentritts der Turnuskommission als

Vertreter des Personals gelten. Der Standpunkt, den aber wir diesbezüglich einnehmen, ist jedoch der, daß die Vertreter des Personals als Vertrauensmänner zu gelten haben, und zwar nicht nur während der Periode des Turnuserstellens, sondern zumindest während der Turnusdauer. Wir wollten ferner nicht die Politik in die Turnusse bringen. Der Direktion ist es jedoch gelungen, unsere gelben Gewerkschaften in diese Verhältnisse einzuschleiben. Auf Verlangen dieser gelben Gewerkschaften gab sie auch eine Wahlvorschrift heraus, mit welcher wir auf keinen Fall zufrieden sein können. Nicht nur die Wahl unseres Vertrauensmannes, sondern auch seine Stellung muß eine andere werden. Diese Angelegenheit nach unserem Wunsch und Willen abzuändern, ist Sache dieser Konferenz. (Beifall.)

Genosse **Swoboda** bemerkte einleitend, daß der den Delegierten schriftlich übermittelte Antrag bereits im August 1908 der Direktion Wien und dem Eisenbahnministerium unterbreitet wurde, daß jedoch bis heute von gar keiner Seite eine Antwort zurückgekommen ist. Es geht nicht an, daß man unsere Eingaben bloß für den Papierkorb würdig erachtet. Es muß deshalb mit aller Energie und unausgesetzt darauf hingearbeitet werden, daß unsere Wünsche die entsprechende Berücksichtigung finden. Wir haben daher den Vorschlag zu einer Wahlvorschrift zum Antrage in dieser Konferenz erhoben, weil wir glauben, daß man höheren Orts einem Beschluß einer solchen Konferenz nicht ausweichen können wird.

Im Gegensatz zu den Gelben und daher auch im Gegensatz zur Direktion stehen wir Zugbegleiter auf dem Standpunkt, daß alle Zugbegleiter, und unter diesen auch die Bremser, zur Wahl von Vertrauensmännern berechtigt sind. Nachdem wir ferner in alle Institutionen, sei es in die Krankenkasse, sei es in den Provisionsfonds, nach dem allgemeinen Wahlrecht wählen, so fordern wir auch das allgemeine Wahlrecht in die Turnuskommission. Wir fordern dies, da wir die Gleichstellung des Stundengeldes ebenso energisch vertreten haben. So wie die Stunde des Güterzugsdienstes ebenfolange dauert wie die des Personenzugsdienstes, so ist die Fürsorge für den Turnus beim Bremser eine gleich intensive wie beim Oberkondukteur, beim Ersten um so mehr, weil ja oft seine Existenz vom Turnus abhängt. Wir erklären darum den Turnus für ein Heiligtum des Zugspersonals, über welches zu wachen wir die erste Berechtigung haben müssen. Darum verurteilen wir mit aller Schärfe einen so gewaltsamen Eingriff, wie ein solcher in Wien II durch die Aufhebung des Zuges 77 durch die ungerechtfertigte Einflußnahme des Bahnamtes verursacht wurde, durch welchen nicht weniger als 16 Mann zur Entlassung gebracht wurden. Wir müssen deshalb darauf bestehen, daß wir unbedingt Zugbegleitervertrauensmänner besitzen, die nicht nur während der Dauer der Turnuserstellung, sondern in der Dauer von zwei Jahren alle Angelegenheiten der Zugbegleiter regeln als solche gelten. Rückfichtlich dessen ist es notwendig, daß diese Vertrauensmänner kommissionelle Besprechungen abhalten, ich will sagen, damit sie dies tun können, sollen wir trachten, nur organisierte Zugbegleiter in die Turnuskommission zu entsenden. Schon deshalb ist eine Beaufsichtigung der Wahl vonnöten. Wir haben in unserem Vorschlage eine diesbezügliche Vorsorge getroffen, die jedenfalls so lokal gehalten ist, daß auch eine andere Partei nicht zu Schaden kommen kann.

Redner verlas nun folgenden Antrag:

1. In die Turnuskommission werden in jeder Zugstation vom gesamten im Zugbegleitungsdiens verwendeten Personal für jede Gruppe zwei Vertrauensmänner mit einfacher Stimmenmehrheit auf die Dauer von zwei Jahren gewählt, und zwar: zwei für den Personenzugsdienst, zwei für den Gepäck- und zwei für den Güterzugsdienst. (In jenen Domizilen, in welchen die eine oder die andere Kategorie nicht besteht, werden für die fehlende auch keine Vertrauensmänner gewählt.)
2. Gleichzeitig wird für jede Gruppe ein Ersatzmann gewählt, welcher beim Ausscheiden eines der Vertrauensmänner an dessen Stelle zu treten hat.
3. Die gewählten Vertrauensmänner sind verpflichtet, in allen das Zugspersonal betreffenden Fragen und dienstlichen Anliegen bei der vorgeordneten Behörde vorzusprechen.
4. Die Wahl erfolgt ohne Zwang, geheim, schriftlich mittelst verrechnbarer Stimmzettel in Anwesenheit eines Mitgliedes der vorher bestandenen Turnuskommission, welches von dieser bestimmt wird.
5. Die Wahl ist rechtzeitig innerhalb vier Tagen durchzuführen und werden die Wahltage zehn Tage früher vom Bahnamt bestimmt und dem Personal bekanntgegeben.
6. Jeden Wahltag nach Schluß der Stimmzettelabgabe beziehungsweise Abnahme wird im Beisein des Vertrauensmannes das Stimmium vorgenommen, das Resultat in das über die Wahlhandlung zu führende Protokoll eingetragen und von dem mit der Wahlhandlung Betrauten gefertigt.

Redner schloß mit dem Wunsch, daß dieser Antrag bei den Delegierten lebhaftem Interesse begegnen und zu einer gründlichen Beratung führen möge. (Beifall.)

Genosse **Strasser** (Wien I) schilderte die Turnusverhältnisse auf dem Westbahnhof, wo er in seiner Eigenschaft als Turnusvertrauensmann die Erfahrung machen mußte, daß man vielfach nicht die geringste Ahnung von dem Erlaß des Eisenbahnministeriums hatte. Er sagte, daß von Parteischattierungen im besondern noch keine Rede sein könne, daß also eine faktische Organisation von Gegnern nicht besteht. Aber das, was unseren Bestrebungen entgegenarbeitet, ist eine Lügefabrikation. Wir haben auch nach eifrigem Studium und nach reichlicher Ueberlegung uns bestimmt gefunden, für diesen Antrag zu stimmen. Eines aber dürfte wohl zu erwägen sein: die Dauer des Wahltermins scheint mit vier Tagen zu kurz bemessen zu sein. Redner stellt den Antrag, den Termin auf sechs Tage zu erweitern.

Genosse **Wögauer** (Krems) begrüßte es, daß endlich die falsche Idee der Zugbegleiter: viel fahren — viel verdienen, fallen gelassen wurde. Daß diese Idee die Zugbegleiter so lange beherrschte konnte, daran war gewiß der Umstand schuld, daß die Zugbegleiter zueinander nicht ganz kameradschaftlich sind. Redner bemängelt, daß den Vertrauensmännern die Fahrordnungen zur Erstellung

der Turnusse nicht zeitgerecht zugestellt werden. Er begrüßt den Antrag aufs freudigste, der endlich den Erlaß des Eisenbahnministeriums ergänzen wird. Bezüglich des Punktes 5 ist auch er für eine Erweiterung auf sechs Tage.

Genosse Gluttig (Klosterneuburg) verurteilt es auf das entschiedenste, daß beim erhöhten Verkehr im Sommer das Fahrpersonal aus den Magazinen ergänzt wird, diese Leute aber dann im Winter wieder entlassen werden. Die Zugbegleiter werden daher stets mit Neulingen geplagt, die, wenn sie gründlich unterrichtet sind, wieder entlassen werden. Es muß daher getrachtet werden, ein ständiges Fahrpersonal zu haben. Die Leute werden denn auch ein Interesse daran haben, daß der Turnus eingehalten wird. Redner appelliert, daß die Turnusvertrauensmänner als die Vertrauensmänner der Zugbegleiter im allgemeinen zu gelten haben, und erklärt sich mit dem vorliegenden Antrag einverstanden.

Genosse Forde (Gütteldorf) tritt, bezüglich der Norm von zwei Vertrauensmännern die Station Gütteldorf auszuweichen, da durch die Größe des Personalstandes und die Schwierigkeiten in der Erstellung der Turnusse mit zwei Vertrauensmännern nicht das Auslangen gefunden werden kann. Dies dürfte jedoch eine bloß lokale Angelegenheit sein und er ist deshalb mit dem Antrag einverstanden.

Genosse Knottel (Nußdorf) weist nach, daß stets die tüchtigsten Vertrauensmänner gewählt werden müssen, durch welche wir bereits zu dem vorliegenden Antrag gekommen sind, der das grundlegende Element zur Erstellung der Turnusse darstellt. Gines ist gewiß: je weiter die Dornitze von Wien entfernt sind, desto schlechter sind die Turnusse. Es ist deshalb die heute tagende Konferenz von überaus großer Wichtigkeit. Er kann die Annahme dieses Antrages nur auf das dringendste empfehlen.

Genosse Mayer (Wien I) wünscht, daß auch das Wahllokal in Betracht kommen möge. Er kann das Lokal der Dienstkommandierung dazu nicht empfehlen. Redner beantragt bei Punkt 5 eine Ausdehnung von zehn auf vierzehn Tage.

Genosse Bäschl (St. Pölten) gibt der Konferenz bekannt, daß in St. Pölten im Sommer 34 Magazinarbeiter zum Fahrdienst verwendet werden. Redner wünscht, daß endlich auch daran gegangen werde, ein ständiges Fahrpersonal zu schaffen und erklärt, für den vorliegenden Antrag zu stimmen.

Genosse Schöber (Wien II) beantragt, falls der Antrag angenommen wird, ein Komitee zu wählen, welches diesen Antrag als Vorschlag dem Eisenbahnministerium und der Staatsbahndirektion Wien überreicht.

Genosse Grün (Nordbahn) erzählt der Konferenz, daß sie vor zehn Jahren ganz annehmbare Turnusse hatten. Aber noch jetzt sind die Vertrauensmänner als solche so lange anerkannt, so lange der Turnus dauert. Leider sind jetzt durch den großen Verkehr nur die Gütereizüge im Turnus; die Lastzüge befinden sich in einer zweimonatlichen Reserve. Es ist Tatsache, daß die Zugbegleiter 17 Nächte im Monat gefahren sind. Man hat sich aber auch gewehrt, darum ist das Personal auch verdoppelt worden. Es wäre zu begrüßen, wenn das im Winter von den Staatsbahnen entlassene Personal bei der Nordbahn Aufnahme fände, weil wir doch im Winter den größten Verkehr haben. Im Sommer könnte dieses Personal wieder zurückkehren, wodurch immer geschultes Fahrpersonal vorhanden wäre.

Redner erklärt, mit vorliegendem Antrag vollständig einverstanden zu sein.

Genosse Innerhuber (Wien II) beantragt, daß die im Punkt 5 vorgesehenen vier Tage und zehn Tage aufrecht erhalten bleiben sollen.

Genosse Kwid (Nußdorf) gibt bekannt, daß die Zugbegleiter in Nußdorf seinerzeit 370 Dienststunden im Monat absolvieren mußten. Die Vertrauensmänner haben diese Leistung bereits auf 290 Dienststunden herabgestimmt. Darum sind auch die acht Parteien auf elf erhöht worden. Er wird für vorliegenden Antrag stimmen.

Genosse Gluttig beantragt zur Geschäftsordnung Schluß der Rednerliste. (Angenommen.)

Genosse Jemann (Wittmannsdorf) ist erstaunt, wie hier über Wert und Stellung der Vertrauensmänner gedacht und gesprochen wird. Dann liegt Wittmannsdorf in Sibirien, denn man hat dort überhaupt noch keine Vertrauensmänner. Er wird für den Antrag stimmen.

Genosse Schwarzott (Nordbahn) wird für den Antrag stimmen. Des weiteren läßt er die Konferenz dahin auf, daß Kohlenarbeiter noch nie zum Fahrdienst herangezogen wurden.

Es sprachen noch die Genossen Wögebauer, Wabitsch und andere, worauf die Genossen Flögel und Swoboda im Schlußwort darauf verwiesen, daß die einhellige Zustimmung der Delegierten es vollständig darlegt, wie wichtig dieser Antrag für die Zugbegleiter ist. Der Antrag wurde sodann mit der Abänderung des Punktes 5, in welchem der Wahltermin von vier auf sechs Tage erweitert wird, einstimmig angenommen. Zur Heberreichung dieses Antrages bei der Staatsbahndirektion Wien und im Eisenbahnministerium wurde ein Komitee aus folgenden Mitgliedern gewählt: Wabitsch, Knottel, Forde, Nowak und Schöber. Genosse Schöber wurde zur Verfassung dieser Schriftstücke beauftragt.

Nach einer dreiviertelständigen Pause erteilte der Vorsitzende dem Genossen Knottel das Wort, der in seinem Referat ausführte, daß in den Personalkommissionen ein ungeheurer Wust von Anträgen einlief, ein Vorgang, der eigentlich weit entfernt von unserer Organisationsfähigkeit ist, die nur schrittweise das möglich zu Erreichende anstrebt. In der Hauptsache wurde jedoch immerhin etwas erungen, das für uns von großer Bedeutung ist. Die Ernennung zu Ausschüßkonduktoren wurde endlich über unseren Antrag durchgeführt. Die Rangseinteilung der ständig im Fahrdienst verwendeten Arbeiter wurde nunmehr in einer anderen Form beantragt und hoffentlich angenommen werden. Die Rangseinteilung im Dienste wurde durchgeführt. Der Antrag um Zulassung zur Prüfung der Arbeiter wurde angenommen, während die Uniformierung der Ausschüßkonduktoren dem Zentralausschuß zugewiesen wurde, welcher Antrag jedoch unerledigt zu sein scheint. Daß wir stets dafür eintreten, eine Schädigung von Leuten in ihren Tagelohnbezügen hintanzuhalten, ist nicht nur selbstverständlich, es ist dies vielmehr eine Hauptaufgabe. Große Erörterungen haben wir in Turnusangelegenheiten zu verzeichnen und es wäre zu wünschen, daß wir öfter Gelegenheit hätten, uns diesbezüglich mit den

Genossen aus der Provinz auseinanderzusetzen, um auch in die Provinz diese Errungenschaften zu verpflanzen. Die endliche Gleichstellung des Stundengeldes kostete gewiß einen großen Kampf, doch möge diese Errungenschaft nicht als die letzte verzeichnet werden. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Wabitsch betonte, daß bei Bemessung der Dienstzeit bei Erstellung der Turnusse nicht über 35 Prozent hinausgegangen werden möge. Es steht fest und dieses Zugständnis ist bindend, daß die gegenwärtigen Turnusse nicht verschärft werden dürfen. Große Aufgaben stehen uns noch bevor bei dem Kampfe um die zweijährige Vorrückungsfrist bei den Dienern. Die Höchstgehälter der Oberkonduktoren müssen auf 2600 Kr. festgesetzt werden. Redner besprach noch die miserablen Kasernenverhältnisse, in welchen noch Großes zu leisten ist. Bezüglich der Ernennungen zu Oberkonduktoren führte er aus, daß die unternommenen Aktionen von Erfolg sein werden. Das Kreuzelwesen konnte leider noch nicht durchkreuzt werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Redezeit wurde nunmehr wegen der vorgeschrittenen Zeit auf fünf Minuten beschränkt.

Genosse Wögebauer beantragte, den beiden Genossen Wabitsch und Knottel für ihre Tätigkeit in den Personalausschüssen den Dank auszusprechen.

Genosse Gluttig fragt an, warum nicht auch jenen Konduktoren, welche mit 800 Kr. angestellt wurden, ein Jahr, beziehungsweise ein halbes Jahr im Avancement gefürzt wird? Er stellt dann noch folgenden Antrag: Werden Arbeiter aus Magazinen z. während eines laufenden Jahres als Zugbegleiter verwendet, so sind diese als ständige Zugbegleiter aufzunehmen und sind so lange keine Aufnahmen durch das Bahnamt oder die Direktion zu erfolgen, als Bewerber für diesen Posten vorhanden sind, die durch ihre frühere Verwendung als Zugbegleiter auf diesen Dienst gerechten Anspruch besitzen.

Es sprachen noch die Genossen Träschl (Sigmundshergberg), Wögebauer und Flögel, welcher letzterer ausführte, daß der vierte Punkt der Tagesordnung durch die Referate der Genossen Wabitsch und Knottel bereits erledigt sei. Nachdem der Antrag des Genossen Gluttig angenommen worden war, wurde den Referenten der Dank der Delegierten durch Erheben vom Sitzplatze ausgesprochen. Genosse Schöber sprach sodann in interessanter und fesselnder Weise über die Aufgaben der Vertrauensmänner unter den Zugbegleitern, die er zunächst darin sucht, die Bestrebungen der Organisation gründlich kennen zu lernen, um sie auf die Kleinarbeit übertragen zu können. Beliebtheit unter den Kollegen, festes, männliches, charaktervolles Auftreten wird unbedingt zum Ziele führen. Auf diese Weise wird sich eine Agitation von Mann zu Mann entfalten, aus welcher nicht nur tüchtige Gewerkschaftler, sondern auch in der Politik bewanderte Genossen hervorgehen werden. Genosse Schöber hebt besonders die Turnusangelegenheiten hervor, die es verdienen, agitatorisch ausgenützt zu werden. Gerade bei den Eisenbahnern wird das Feld der Errungenschaften bald ausgebaute sein; darum wünscht er, durch solche Lockmittel nicht die Genossen zu verwöhnen. Es müssen auch ideale Güter angestrebt werden, die sich im Busen der Genossen fester verwahren lassen. Der Kampf anderer Gewerkschaften wird stets in primitiven Ausströmungen seine Verteidigung finden, doch werden die Eisenbahner stets mit dem obersten Bewußtsein siegen. (Lebhafter Beifall.)

Resolutionen:

Genosse Swoboda: „Die heute am 25. Jänner 1909 in Wien, IX., Strabhof, tagende Zugbegleiterkonferenz spricht ihr tiefstes Bedauern aus über die Art und Weise, wie die Staatsbahndirektion Wien die Wahl der Vertrauensmänner in die Turnuskommission in letzter Zeit vorzunehmen beabsichtigt.“

Die Konferenz protestiert gegen diesen von der Staatsbahndirektion Wien eingeführten Vorgang und wünscht, um endlich über diesen Gegenstand hinwegzukommen, daß der schon einmal eingebrachte und aufs neue einzubringende Vorschlag des Wahlmodus voll und ganz Berücksichtigung finde. Die Konferenz erklärt, daß sie die einzubringenden Vorschläge als Ergänzung des Erlasses des Eisenbahnministeriums Z. 18443/IV 1897 energisch fordert, um endlich Ordnung in die Wahl zu bringen.

Die Konferenz erwartet daher, daß das Eisenbahnministerium den dringenden Wunsch der Zugbegleiter ehehalbigt und unbedingt Rechnung tragen wird!

Genosse Schöber: In der Ueberzeugung, daß eine Verbesserung der Verhältnisse für die Eisenbahnbediensteten nur durch eine starke, einige gewerkschaftliche Organisation möglich ist, eine solche eben nur durch eine zielbewusste, tatkräftige und ununterbrochene agitatorische Kleinarbeit erreicht und dauernd erhalten werden kann, beschließen die heute Versammelten, das Vertrauensmännersystem in unserer Organisation, dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein, auszubauen, und zwar:

Durch die Mitarbeit in den Ortsgruppen der Gewerkschaft mit den übrigen organisierten Eisenbahnern.

Durch öftere Einberufung von sämtlichen organisierten Zugbegleitern zu Versammlungen und Besprechungen über lokale Dienst- und Organisationsfragen.

Durch Abhaltung von eigenen und Teilnahme an Vorträgen der übrigen Organisationen.

Durch eifrige Verbreitung der sozialdemokratischen Presse.

Durch Wahl von tüchtigen Genossen in die Turnuskommissionen, welche die Aufgabe haben, menschenwürdige Turnusse zu erstellen, die Nichterhaltung der vorgeschriebenen Dienst- und Ruhezeiten abzustellen, auf die Verbesserung der Kasernen- und Unterkunftsräume hinzuwirken und alle sonstigen dienstlichen Uebelstände zu bekämpfen.

Durch Anlegung, Vervielfältigung und Benützung von Listen über sämtliche Mitglieder und Nichtmitglieder in einer Kategorie und Station, zur Erzielung einer zweckmäßigen Agitation von Mann zu Mann.

Diese Resolutionen wurden unter lebhafter Zustimmung einstimmig angenommen.

Um 7 Uhr abends wurde die Konferenz geschlossen.

Von der Südbahn.

Zum Zwecke der Durchführung der feinerzeitigen Zugständnisse im Sinne des Zirkulars 385 A hat die Südbahnverwaltung nunmehr folgende Erlasse herausgegeben:

Nr. 1780/E.

61.

In alle Betriebsinspektorate und österreichischen Wäghalterungsstellen.

Personalangelegenheiten.

(Neubemessung der Bahnmeisterfreienpauschalien.) Das k. k. Eisenbahnministerium hat mit dem Erlasse vom 10. November 1908, Zahl 54.514, die Streckenpauschalien sämtlicher Bahnmeister von 240 Kr. auf 480 Kr. erhöht.

Mit Beziehung auf die Bestimmungen des Zirkulars 385 A 1907, III. A., Absatz 1, finden wir uns daher bestimmt, für sämtliche gesellschaftlichen Bahnmeister, die derzeit im Bezuge eines Streckenpauschals stehen, dieses ab 1. Jänner 1909 auf 480 Kr. zu erhöhen. Für jene Bahnmeister, welche schon gegenwärtig im Bezuge eines Pauschals von 480 Kr. stehen, tritt eine Erhöhung nicht ein.

Die Anweisung der Differenzbeträge für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende Februar l. J. hat in den nächstfolgenden Gehaltslisten per März l. J. zu erfolgen.

Wien, am 28. Jänner 1909.

Der Generaldirektor: Eger m. p.

Nr. 11.109/S.

552.

In alle Herren Dienstabteilungen, Betriebsinspektorate und Lokalvorstände der österreichischen Linien der Südbahn samt Nebenlinien.

Personalangelegenheiten.

(Anerkennung von Sterbequartalen nach im Aktivstande verstorbenen unverheirateten Bediensteten.)

Mit Beziehung auf Punkt III A 12 des Zirkulars 385 A 1907 wird folgendes verlaublicht:

In Falle des Ablebens eines aktiven unverheirateten Bediensteten wird derjenigen Familienangehörigen des Verstorbenen, welche zur Zeit des Ablebens seinen Haushalt geführt hat, beziehungsweise welche von ihm ganz oder zum großen Teile erhalten worden ist, ein Sterbequartal in dem Ausmaße stiftung gemacht, wie dasselbe der Witwe, beziehungsweise den Kindern nach einem im Aktivstande verstorbenen Bediensteten gebührt (Zirkular 291 A 1900 und Zirkular 62 A 1908).

Ist eine solche bezugsberechtigten Person nicht vorhanden, so können die Krankheits- und Beerdigungskosten nach einem im Aktivstande verstorbenen unverheirateten Bediensteten, soweit sie nicht etwa aus den Mitteln der gesellschaftlichen Krankenkasse zu bestreiten sind, im nachgewiesenen Betrage bis zur Höhe des nach dem vorigen Absätze zu bemessenden Sterbequartals derjenigen Person ersetzt werden, welche jene Kosten tatsächlich bestritten hat.

Gesuche um Flüssigmachung des Sterbequartals, beziehungsweise um Bezahlung der Krankheits- und Beerdigungskosten sind unter Anschlag des Totenscheines bei derjenigen Dienststelle einzubringen, welcher der Verstorbene zuletzt unmittelbar unterstellt war.

Die Tatsache, daß der Gesuchsteller den Haushalt des Verstorbenen geführt hat, beziehungsweise von ihm erhalten worden ist, muß entweder von der Dienststelle, bei welcher das Gesuch eingebracht wird, oder vom Gemeinbeamten des letzten Aufenthaltsortes des Verstorbenen bestätigt sein.

Gesuchen im Sinne des Absatzes 3 sind Belege beizuschließen, aus welchen die Höhe der aufgelaufenen Krankheits- und Beerdigungskosten und die erfolgte Zahlung durch den Gesuchsteller zu entnehmen sind.

Die einlaufenden entsprechend instruierten Gesuche sind unverzüglich im Dienstwege an die vorgesetzte Direktion zu leiten. Dieses Zirkular ist dem gesamten angestellten Personal erweislich zur Kenntnis zu bringen.

Wien, am 17. Dezember 1908.

Der Generaldirektor: Eger m. p.

Ueber Intervention der Organisation hat die Südbahn weiters folgenden Erlaß herausgegeben:

22.

Nr. 386/S.

In alle Herren Dienstabteilungen, Betriebsinspektorate und Lokalvorstände der österreichischen Linien der Südbahn samt Nebenlinien.

Gepäckdienst.

Gepäckfreigewicht auf Grund von Regiearten.)

Von unserem Personal sind Beschwerden darüber eingelangt, daß den Südbahnbediensteten und deren Familienmitgliedern bei Regiearten auf Grund der „Legitimationen für Frauen und Kinder von Eisenbahnbediensteten“ die Beförderung des Reisegepäcks unter Zugestellung eines Freigewichtes an den Gepäckstellen verweigert werde.

Wir bringen Ihnen daher die einschlägigen Normen der „Bestimmungen und Gebührenberechnung für Regiearten“, Seite 4, Punkt 14, und des Handbuchs für den Transport von Personen und Reisegepäck, Seite 119, Spalte 6, zur genauesten Vornachachtung in Erinnerung.

Nach diesen Bestimmungen sind die Südbahn-Bediensteten (aktiv oder pensioniert) und Arbeiter, ferner deren Familienmitglieder (Frauen, Kinder, Diensthilfen) berechtigt, bei Reisen mit Regiearten 25 Kilogramm Gepäckfreigewicht in Anspruch zu nehmen, gleichgültig, ob die Regiearten auf Grund von Einzelanweisungen oder Legitimationen (Legitimationen für aktive Eisenbahnbedienstete, Legitimationen für Frauen und Kinder von Eisenbahnbediensteten, graue Regieartenlegitimationen, temporäre Karten oder Zertifikate) gelöst worden sind.

Wien, am 5. Jänner 1909.

Die administrative Direktion: Raigl m. p.

Folgender weitere Erlaß betrifft die Frage der Unfälle:

Nr. 2354/IX.

54.

In alle Betriebsinspektorate und an alle österreichischen Stationen, Gehäuser und Werkstätten der Südbahn samt Nebenlinien.

Unfälle.

(Meldung und Berichterstattung über Verunglückungen beim Wagenkuppeln.)

Die k. k. Generalinspektion hat beanstandet, daß häufig in den Meldungen über Unfälle beim Ein- oder Aushängen von Wagenkuppelungen die Angabe der Nummer und Eigentumsmerkmale der betreffenden Wagen sowie die Angabe, ob die Wagen mit Sicherheitskuppeln und Stupplerhandgriffen versehen sind, fehlen.

Wie erhoben wurde, ist die Nichtbeachtung dieser mit Zirkular 366 A 1907 verlaublichten Bestimmung teils auf die Nachlässigkeit der mit der Ausfertigung von Meldungen betrauten Organe, teils darauf zurückzuführen, daß die Verletzten die Meldung von ihrem Unfall verspätet, das heißt zu einer Zeit erstatten, zu welcher die Ermittlung der vorerwähnten Daten nicht mehr möglich ist. Auch wird die Angabe, ob die Wagen mit Sicherheitskuppeln und Stupplerhandgriffen versehen sind, oft deshalb unterlassen, weil der Unfall mit der Art der Stupplungs- vorrichtung nicht in ursächlichem Zusammenhang steht.

Indem wir Ihnen die Bestimmungen des Zirkulars 366 A 1907 zur genauen Darnachachtung nachdrücklichst in Erinnerung bringen, machen wir Sie besonders darauf aufmerksam, daß bei Verlegungen, die sich beim Ein- und Aushängen von Kupplungen ereignen, die Angabe der Nummern und Eigentumsmerkmale der betreffenden Wagen sowie die Angabe, ob sie mit Sicherheitskupplungen und Kupplungsgriffen versehen sind oder nicht, unter allen Umständen, also ohne Rücksicht auf die Ursachen des Unfalles, zu machen sind.

Ferner ist das Personal neuerdings anzuweisen, Verlegungen, namentlich solche beim Kupplern, sofort zu melden, damit die erforderlichen Feststellungen unverzüglich vorgenommen werden können.

Für die Befolgung unserer Anordnungen machen wir die Stationsvorstände persönlich verantwortlich.

Die Bestimmung, daß die in Rede stehenden Angaben auch in die von den Betriebsinspektoren vorzulegenden Erhebungsberichte aufzunehmen sind, bleibt in vollem Umfang aufrecht.

Diese Daten sind endlich auch in allen jenen Fällen von Verlegungen beim An- und Abkuppeln anzugeben, welche laut den Direktiven B auf dem Formular C zu melden sind.

Wien, am 27. Jänner 1909.

Die Maschinendirektion:
Proffy m. p.

Die Verkehrsdirektion:
Reßler m. p.

Zur Lage der Offizianten auf den k. k. Staatsbahnen.

(Von einem Offizianten.)

Wenn wir einen Artikel über diesen Gegenstand erst heute schreiben, so mag man uns mit Recht oder Unrecht vorwerfen, daß dies erst so spät geschieht; aber wir tun dies nicht, wie jene anderen bürgerlichen Fach- und Tagesblätter, um Mitleid bei der Außenwelt zu erregen oder gar aus egoistischen Motiven, um den Mitglieder- und Abonnentenkreis unter den Offizianten zu erweitern, sondern aus dem Pflichtgefühl, unserer dem Wohle aller Eisenbahner dienenden Organisation heraus die Lage jeder einzelnen Kategorie der Eisenbahner ungekünstelt, ohne jedwede Voreingenommenheit und trotz eines ethischen, aufrichtigen, nicht aber gehuchelten und theatraleisch offen zur Schau getragenen Radikalismus, in objektiver, offener Weise im Lichte der Öffentlichkeit in unserem Fachblatt darzustellen. Die Lage der Offizianten auf den k. k. Staatsbahnen, namentlich aber auf den verstaatlichten Nordbahnlinien ist eine prekäre. Dies zu bestritten wäre Bahnhwi, denn trotzdem — und dies muß hier besonders den deutschnationalen und tschechischnationalen Prählerceien und Großtuereien vis-à-vis hervorgehoben — werden in den letzten vier Jahren einzig und allein durch die Macht und kluge Taktik der internationalen Organisation (nicht also durch Petitionen, Bittgänge und Memoranden) namentliche Vorteile, wir erwähnen bloß das Zeitavancement zu zwei Jahren ab 1400 Kr. zu 200 Kr. (wofür die Beamten bis heute noch ergebnislos kämpfen), errungen wurden, sind die Verhältnisse unter den Offizianten doch nicht viel besser geworden. Die materiellen Vorteile der ja nicht unwesentlichen Aufbesserungen wurden nämlich einerseits durch die fortwährend noch im Steigen befindliche Teuerung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel, andererseits durch den unerfätlichen Fiskalismus des Staates (das können nomen lich die Nordbahner jetzt gut beurteilen), der von den kleinsten Bezügen seinen Tribut in Form von Dienstverleihungsgebühren, Quittungsstempeln, Besoldungssteuern zc. zc. fordert, weit überholt, man könnte sogar sagen illusorisch gemacht und sind heute schon ein Anachronismus. Dazu kommt noch, daß viele Zugeständnisse der letzten Bewegung, so namentlich das allseitige zweijährige Avancement, die Einführung der Kasse- und Kalkulationszulagen auf sämtlichen Linien der k. k. Staatsbahnen, die Herabsetzung des Mietzinspreises für Naturalwohnungen, die Uniformfrage zc. durch den bureaukratisch schlepplenden Gang und bei unserem bekannten österreichischen Amischimmel, trotzdem bereits ein halbes Jahr wieder verstrichen ist, noch nicht durchgeführt wurden. So kommt es, daß unter den Offizianten mit Recht eine Unzufriedenheit und Gärung herrscht, die noch gesteigert wird durch den Umstand, daß einzelne Kategorien von Unterbeamten, wie zum Beispiel die Maschinenmeister, Werkmeister, Bahnmeister und Signalmeister (wir betonen ausdrücklich, daß wir dieses Zugeständnis bei den betreffenden Kategorien als vollkommen berechtigt ansehen) in die Gruppe I der Unterbeamten einrangiert wurden. Die Offizianten fühlen sich mit Recht, wegen Nichtinbeziehung unter obengenannte Unterbeamtenkategorie als besonders gut qualifizierte Kanälekräfte, was ja die Erreichung des Offiziantengrades nach den bestehenden Normen bei den k. k. Staatsbahnen voraussetzt, sehr geschädigt und zurückgesetzt. Daß dem wirklich so ist und hier nichts übertrieben wird, beweist der Umstand, daß die Offizianten sowohl auf der Strecke als auch bei den Direktionen in den Zentralämtern, als kommerzielle und als technisch administrative Kanälekräfte in Güterklassen, bei Streckenleitungen und Heizhausleitungen als Sekretäre von Vorständen, wichtige Beamtenposten, die zumeist für diverse Beamtenkategorien normiert sind, versehen. Wir erwähnen hier bloß als Kuriosum, daß zum Beispiel bei der Nordbahn die so wichtigen Kalkulantposten, die beim kommerziellen Dienst, bei der heutigen Ausdehnung und komplizierten Zusammenlegung des Tarifwesens, so daß man mit Fug und Recht von einer Tarifwissenschaft spricht, die wichtigsten Stellen sind und noch heute oft die bereits geflügelten Worte eines der erfahrensten Klassenkontrolloren zitiert werden: „Der Kalkulant ist die Seele des Geschäftes“, zumeist mit Offizianten besetzt sind, trotzdem selbe in den größeren Stationen überall für Beamte normiert sind. Die Entlohnung für so wichtige Stellen, die naturgemäß eine höhere Intelligenz und somit zumeist auch eine größere Vorbildung voraussetzen und neben der täglich anstrengenden, bei der nicht geregelten überlangen Arbeitszeit nervenzerrütenden geistigen Arbeit, noch fortwährendes Studium erfordern, ist natürlich eine verhältnismäßig geringe und den heutigen abnormalen Teuerungsvhältnissen absolut nicht entsprechende. So kommt es oft vor, daß Offizianten, die keine wie immer gearteten Nebenbezüge (mit Ausnahme der kleinen Kalkulationszulage bei der Nordbahn) besitzen, dagegen große Abzüge monatlich haben, buchstäblich mit ihren Familien der größten Not und den größten Entbehrungen ausgesetzt sind, so daß man bald mit Recht an Stelle der Karikaturen von hungrigen und frierenden Diurnisten diejenigen der Offi-

zianten setzen wird. Große Schuld an diesen trostlosen Zuständen tragen natürlich die Offizianten auch selbst. Zum großen Teil indifferent, zum Teil als Spielball der diversen bürgerlichen, nationalen, chauvinistischen Parteien lassen sie sich von diesen am Gängelband führen und jagen mit einer sich selbst und die Außenwelt täuschenden dunkelhaften Selbstüberhebung, ihre prekäre Lage verschleiend, unsinnigen Phantomen nach. Beamtentum um jeden Preis, auch eventuell mit materieller Schädigung, goldstrogende Uniform, eventuell mit zerrissenen oder gelicten Schuhen und Deggen. (So einer deutschnationalen Polizistenjensele läßt der Säbel keine Ruhe, das ist ihr Ideal!) Das sind so die wichtigsten Forderungen der deutschnationalen Reichsbündler für die Offizianten, wie sie der Nordbahnoffiziant Herr Komassi als Funktionär der Wiener Ortsgruppe des „Reichsbundes deutscher Eisenbahner“ und namens des sogenannten „Wiener Aktionskomitees der Offizianten“, einer in Prerau tagenden Konferenz (im Total der „Zemská jednota“?) der Offizianten der Nordbahn in einem Memorandum (angeblich von Kroy und Progon inspiriert!) vorlegte. Dieses Memorandum, das auch die übrigen Unterbeamten in unerhörter Weise herabsetzt, soll (o sancta simplicitas!) auch einer am 21. d. M. in der Volkshalle des Wiener Rathhauses tagenden Monstreversammlung sämtlicher Offizianten der k. k. Staatsbahnen zur Annahme vorgelegt werden. Die Unsinnigkeiten dieses Memorandums hatte der beider Konferenz anwesende Genosse Engel trotz des Widerpruches der Nationalen beider Couleur unter Zustimmung des vernünftigen Teiles der Offizianten in gebiegender Weise widerlegt und zugleich auch die Beleidigung der übrigen Unterbeamten als minderintelligente Gruppen energisch zurückgewiesen.

Die wirklich vernünftig denkenden, leider in der großen Minderheit sich befindlichen sozialdemokratisch gesinnten Offizianten beharren auf dem Antrag des Dr. Ellenbogen, respektive jetzt Zomschil, der im Parlament bereits vor Jahren und jetzt wieder eingebracht wurde und alles Vernünftige enthält, was den Offizianten sowie auch anderen Unterbeamtenkategorien nottut. Die Offizianten aber mögen endlich aus ihrer geistigen Umnachtung erwachen, nicht unsinnigen Phantomen nachjagen und sich nach dem Muster der von ihnen so verachteten Arbeiter der modernen, auf internationaler Basis stehenden gewerkschaftlichen Organisation der Eisenbahner anschließen. Nur in dieser zentralen Organisation, nicht aber in kleinen, angeblich familiären (sagen wir Taschenseitelclubs) Klubs, die eine zentrifugale Tendenz haben, liegt durch die große Macht eine Gewähr des Erfolges, wie die Vergangenheit lehrt. Wir Offizianten allein sind eine Null, das muß ganz offen gesagt werden, nur mit Hilfe der anderen klassenbewußten Eisenbahner können wir bei kluger Taktik und steter Bedachtnahme auf den Enderfolg etwas erreichen, so wie es die alten Römer bereits richtig in dem Verse ausdrückten:

„Quidquid agis prudenter agas et respice finem!“
(„Was du tust, tue mit Bedacht und denke stets an den Endzweck!“)

Rectus.

Inland.

Zur Durchführung der Zugeständnisse betreffend die Verbesserung der Automaten auf den k. k. Staatsbahnen. In der letzten Zeit sind uns eine Reihe von Beschwerden darüber zugekommen, daß von seiten des Eisenbahnministeriums die Zugeständnisse betreffend die Verbesserung der Automaten der Unterbeamten und Diener noch nicht zur Durchführung gebracht wurden und daß diese Zugeständnisse im kürzlich erschienenen Jänneravancement unberücksichtigt geblieben sind. Wir bemerken zu diesen Beschwerden folgendes: Das Eisenbahnministerium hat bei den Verhandlungen im Oktober vorigen Jahres gegenüber dem Exekutivkomitee zu Punkt 4 der Forderungen, betreffend die Verbesserung der Automaten der Unterbeamten und Diener erklärt, daß mit Erhöhung der Anfangsgehälter bei einzelnen Kategorien Kürzungen bestimmter Borrückungssfristen zc. sowie auch die Ueberstellung mehrerer Kategorien in höhere Gruppen in Aussicht genommen sei und daß der diesbezügliche Entwurf dem Zentralausschuß der Personalkommission zur Begutachtung vorgelegt werden wird. Nun ist dieser Entwurf der verbesserten Automaten von seiten des Eisenbahnministeriums noch nicht fertiggestellt und wurde daher auch nicht dem Zentralausschuß der Personalkommission zur Begutachtung vorgelegt. Folglich konnten die genannten Zugeständnisse auch in dem kürzlich erschienenen Jänneravancement und bei dem am 1. Jänner 1909 erfolgten Neuanstellungen nicht zur Durchführung gebracht werden. Die Fertigstellung der verbesserten Automaten von seiten des Eisenbahnministeriums muß daher abgewartet werden, um so mehr, als das Eisenbahnministerium, wie bereits bemerkt, beabsichtigt, den diesbezüglichen Entwurf dem Zentralausschuß der Personalkommission zur Begutachtung vorzulegen. **Nachdem die verbesserte Automaten auf den 1. Jänner 1909 rückwirkend sein wird,** wie dies von seiten des Eisenbahnministeriums zugestanden wurde, wird kein Bediensteter, der an der verbesserten Automaten Anteil hat, benachteiligt sein.

Im Interesse der Bediensteten liegt es, daß diesmal die verbesserte Automaten dem Zentralausschuß der Personalkommission vorgelegt wird, damit die gewählten Vertrauensmänner des Personals Gelegenheit haben zur verbesserten Automaten Stellung zu nehmen und nicht, wie das letztemal, über Wunsch des sogenannten nationalen und christlichsozialen Kartells übergangen werden.

Bravo Vernerstorfer! In einer in Wiener Neustadt abgehaltenen Wählerversammlung sprach Abgeordneter Genosse Vernerstorfer über die politische Lage und erklärte unter Hinweis auf die Krawalle der Tschechischnationalen: „Wenn die Tschechen es wieder versuchen sollten, durch eine derartige Obstruktion das Parlament unmöglich zu machen, dann werden die Sozialdemokraten, unter denen sich noch handfeste Männer befinden, diese Leute gewaltsam aus dem Parlament hinausdrängen.“ Ganz richtig so.

Hausdurchsuchung. Am 17. d. M. fand sich sowohl in unserem Redaktionslokal als auch in den Räumen der Druckerei „Vorwärts“ eine polizeiliche Kommission ein, die noch dem Manuskript eines Artikels, in dem wir eine Ehrenbeleidigung verübt haben sollen, haussuchte. Das Resultat war ein negatives.

Ein österreichischer Arbeitgeberverband hat sich kürzlich auf Veranlassung des Niederösterreichischen Gewerbevereines und im Einvernehmen mit der Hauptstelle österreichischer Arbeitgeberorganisationen gebildet. Seine Aufgabe soll sein, die gewerblichen Arbeitgeberverbände zusammenzuschließen und die Organisation der gewerblichen Arbeitgeber, wo dieselbe noch nicht besteht, einheitlich durchzuführen. In der Gründungsversammlung waren 18 Verbände, deren Mitglieder mehr als 80.000 Arbeiter beschäftigten, vertreten.

Der Zweck der christlichen „Arbeiterbewegung“. Von den zwei Landtagsmandaten, die kürzlich in Wien-Neubau zu besetzen waren, hatte man den „christlichsozialen Arbeitern“ eines versprochen. Das Versprechen wurde aber nicht gehalten. Das ärgerte nun die christlichsozialen „Arbeiterführer“ und in seiner Wut sprach der christlichsoziale Abgeordnete Anderle ein wahres Wort aus. Die offizielle christlichsoziale Korrespondenz „Austria“ berichtet darüber: „Der Redner weist auf den ununterbrochenen Kampf hin, den die christliche Arbeiterschaft gegen die Sozialdemokratie doch nur im Interesse der gesamten bürgerlichen Gesellschaft führt, trotz welchem sie von der letzteren nun derart beiseite geschoben wird.“ Das ist einmal ein wahres Wort eines Christlichsozialen. Nur im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft, also der kapitalistischen Ausbeutung, arbeiten die christlichsozialen „Arbeiterführer“ und nicht im Interesse der Arbeiter.

Das neue Kabinett Wienerth. Nun ist das neue Kabinett beisammen. Es besteht aus folgenden Herren: Ministerpräsident: Freiherr v. Wienerth; Minister des Innern: Freiherr v. Saredtl; Finanzminister: Dr. Ritter v. Bilinski; Justizminister: Dr. v. Sosenburger; Unterrichtsminister: Graf Stürgkh; Eisenbahnminister: L. Wrba; Handelsminister: Dr. Weiskirchner; Öffentliche Arbeiten: A. Ritt; Ackerbau: Dr. Graf; Landsmannminister: Dr. Schreiner, Dr. Jacek und Ritter v. Abrahamowicz.

Statt durch ihre eigenen Mitglieder und Beauftragten werden die Parteien durch Politiker vertreten, die einmal zu ihnen gehört haben, oder ihnen, wie der gewöhnliche Ausdruck lautet, nahe stehen, oder die auch ihre Mitglieder sind, das Portefeuille aber nicht in ihrem Auftrag übernehmen. Ein Ministerium ist in Oesterreich ja an sich immer eine sehr gemischte Gesellschaft, und eine nationale oder politische, überhaupt welche Einheitlichkeit immer, ist ihm durch die Natur des Staates schlechthin verjagt. Es muß Deutsche, Tschechen und Polen enthalten, also Vertreter von Nationen, die sich aufs schroffste bekämpfen; es ist immer auch eine Mischung von Liberalen und Alexikalischen, denn beide Strömungen sind gleich stark und heißen Verächtlichkeit; es muß auch immer Abgeordnete und Beamte enthalten. Beamte kann auch das „rein parlamentarische“ Ministerium nicht missen, denn, von dem der Landesverteidigung ganz abgesehen, ist die Präsidentschaft und das Innere Abgeordneten unerschickbar; dagegen kann auch das „reine“ Beamtenministerium auf die Teilnahme von Politikern nicht verzichten, denn die sogenannten Landsmannministerien, als politisch-nationale Aufsichtämter, können nur von Politikern versehen werden. Aber das neue Wienerth'sche Kabinett ist als Regierung so ziemlich das bunteste, was sich einem Staate jemals als Regierung vorgestellt hat. Aktive Abgeordnete, ausrangierte Politiker, hohe Beamte und Protektionkinder sind da — ohne jede tiefere Idee, rein mechanisch — zu einem Ministerium verbunden worden, dem schon der „Chef“ selbst den Dugendcharakter deutlich aufsprag.

Auf was für Leute Herr v. Wienerth gekommen ist, mögen ein paar Hinweise klarmachen. Als Handelsminister wurde Weiskirchner berufen, der frühere Direktor des Wiener Magistrats und bisherige Präsident des Hauses, der damit die fettere Präsidentschaft vorzieht, die mehr Arbeit macht, als sie Ertrag liefert. Weiskirchner ist zwar kein unbegabter Mensch, aber sein Auf übertrug seine Bedeutung doch beträchtlich; immerhin ist er unter den Christlichsozialen eine bessere Nummer. Finanzminister wird der bisherige Gouverneur der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, der Herr v. Bilinski, der schon Finanzminister im Kabinett Badeni war, eine schlagzäugliche Größe, dessen öffentliches Wirken aber eine Kette von Mißerfolgen ist. Seine Leistung ist die Entdeckung des § 14, der vor ihm in der Verfassung ein unbeachtetes Dasein führte, in dem er aber das geeignete Instrument des Verfassungsbruches erkannte, mit dem man dann zehn Jahre gewirtschaftet hat. Als Justizminister ist ein Provinzadvokat, ein Dr. v. Sosenburger, bestellt, der in dem 1897er Parlament Abgeordneter von Graz war, seit zehn Jahren jedoch völlig verschollen ist. Noch komischer ist die Ausgrabung des Dr. Braß, eines tschechischen Professors, dessen Hauptverdienst es ist, daß er der Schwiegerohn Ladislaus Riegers, des politischen Erveders der tschechischen Nation war, der selbst aber als Politiker eine vorhinflutliche Figur ist. Zum Unterrichtsminister hat sich Wienerth den Grafen Stürgkh erkoren, dessen fanatische Reden gegen die Wahlreform noch unvergessen sind, und die ihn in dem Hause, dessen Entstehen er so heftig bekämpfte, naturgemäß sehr beliebt machen müssen. Das Tollste ist allerdings der neue Minister für öffentliche Arbeiten, als der ein gewisser August Ritt ernannt wurde, von dem man nichts weiß, als daß er bei der Innsbrucker Statthalterei Hofrat ist. Daß man mit derlei Helden die schwierige Situation nicht wird meistern können, ist nur allzu begreiflich; weder politische noch geistige Kräfte, das ist selbst für ein österreichisches Parlament zu wenig.

Der Reichsrat dürfte anfangs März einberufen werden, und dann wird sich bald entscheiden, wer stärker ist: die Regierung oder das Parlament. Entweder es gelingt, im Parlament eine aktionsfähige Mehrheit hervorzubringen, die sich ihr eigenes Ministerium setzt, oder das Haus verblutet sich im Kampfe wider eine Obstruktion, die, wie die Dinge liegen, sein Dasein mehr gefährdet als das der Regierung.

Ausland.

Das Koalitionsrecht der Eisenbahner in Preußen. Die Neubildung einer christlichen Gewerkschaft der Eisenbahnhandwerker hat den preussischen Eisenbahnminister veranlaßt, seinen Standpunkt zum Koalitionsrecht zu formulieren. Er will die neue christliche Eisenbahnergewerkschaft dulden und überhaupt den Arbeitern das Koalitionsrecht nicht verwehren. Aber die Eisenbahnerverbände müssen folgenden Voraussetzungen entsprechen: 1. Sie dürfen weder direkt noch indirekt sozialdemokratisch

Südbahn. Laut gepflanzten Erhebungen, worüber schriftliche Nachweise ausliegen, ist bereits auf der ganzen Hauptlinie keine Station, wo nicht von mehreren Kategorien des Stationspersonals noch immer der 24stündige Dienst geleistet werden muß.

Wer einigermaßen eingeweiht ist und zusieht, wie vielfach große Summen bei der Südbahn jährlich hinausgeworfen werden, andererseits die Ausbeutung der Bediensteten durch den 24stündigen Dienst aufrecht erhalten bleibt, muß zu dem Schluß kommen, daß hier die Südbahn an ihren Bediensteten ein großes Unrecht begeht.

Wie lange werden die Bediensteten auf den Hauptlinien auf die Durchführung des in Frage kommenden Erlasses und Einhaltung der auch von der Südbahn zugestandenen Regelung noch warten müssen? Die Geduld ist wahrlich bereits erschöpft.

Die Verkehrsstockung auf der Nordbahn. Trotzdem die k. k. Nordbahndirektion seit der Verstaatlichung ernstlich bemüht ist, den von Jahr zu Jahr steigenden Güterverkehr durch moderne Betriebsformen und Verkehrseinrichtungen normal und anstandslos zu regeln, so läßt die Art der Abwicklung viel zu wünschen übrig.

Die Unterfertigten sind der Meinung, daß sie mit ihrer Bitte nichts Unmögliches anstreben und geben sich der Hoffnung, die löbliche Generaldirektion werde der Gewährung dieser Bitte geneigt sein, um so mehr hin, als dieselbe nicht gegen das Interesse der Bahn ist und deshalb auch bei den k. k. Staatsbahnen bereits zur Verwirklichung gebracht wurde.

Als Dank für den aufreibenden Dienst hat uns die k. k. Nordbahndirektion mit einem Rentanzwancement überrascht, das wir bei nächster Gelegenheit näher besprechen werden.

Von den Pensionisten der Oesterreichischen Nordwestbahn und Südnordostbahn. Das Jahr 1909 brachte den Pensionisten der O. N. W. B. und S. N. O. B. eine Verbesserung nämlich: „Die Pension wird von nun ab durch die Postparasse ins Haus zugestellt.“

Vor dem Knittelfelder Lebensmittelmagazin. Wir sehen uns veranlaßt, über die eigenartigen Vorschriften — Pardon, Statuten — dieses angeblich modernen feinsten Lebensmittelmagazins einiges zu veröffentlichen.

Daß sie gar manchmal ihre schlechte Laune, ohne es zu beabsichtigen, diesen Armen fühlen lassen. Bei geringem Mitgefühl mit armen in Diensten verunglückten Eisenbahnern wäre hier sehr leicht abzuhelfen.

Die Staatsbahndirektion Innsbruck. Es mehren sich die Fälle, daß die ordnungsgemäß gestempelten Gesuche von Wächtern der Bahnerhaltungsektion liegen, die durch die Bahnmeister im Dienstwege eingebracht werden, keine Erledigung finden und wir vermuten deshalb, daß dieselben bei irgendeiner Dienststelle unbeachtet in den Papierkorb wandern.

Deputation der Frachten- und Gültmagazinspartieführer der Südbahn. Unter Führung des Genossen Weigl als Vertreter der Organisation überreichten am 5. Februar d. J. die Genossen Simon Kuser, Anton Ferenz, Anton Zotter, Josef Stern und August Forstner dem Herrn Oberinspektor Albert nachstehendes Memorandum und ersuchten denselben um Befürwortung des in demselben enthaltenen Wunsches.

Die im Ansuchen geferdigten Partieführer der Frachten- und Gültmagazine der k. k. priv. Südbahngesellschaft erlauben sich durch ihre gewählte Deputation nachstehende begründete Wünsche einer löblichen Generaldirektion mit der höflichen Bitte um geneigte Würdigung derselben zu unterbreiten.

Die Magazinspartieführer haben in ihrer Stellung nicht nur wie die Partieführer anderer Arbeiterkategorien die Partie zu beaufsichtigen und zu leiten sowie für die Durchführung der zugewiesenen Arbeiten zu sorgen, sondern haben auch noch schriftliche Arbeiten zu vollführen sowie alle Verantwortung für die richtige Verpackung und Ladung zu tragen.

Die Unterfertigten sind der Meinung, daß sie mit ihrer Bitte nichts Unmögliches anstreben und geben sich der Hoffnung, die löbliche Generaldirektion werde der Gewährung dieser Bitte geneigt sein, um so mehr hin, als dieselbe nicht gegen das Interesse der Bahn ist und deshalb auch bei den k. k. Staatsbahnen bereits zur Verwirklichung gebracht wurde.

Wir stellen uns veranlaßt, über die eigenartigen Vorschriften — Pardon, Statuten — dieses angeblich modernen feinsten Lebensmittelmagazins einiges zu veröffentlichen.

Jede Kategorie, Arbeiter, Bedienstete, Unterbeamte, Beamte bis hoch hinauf, besitzt zwei Mandate. Wählen sollen die breiten Massen der Arbeiter für alle, aber bei der Aufstellung der Kandidaten haben dieselben nichts dreinzureden.

Es ist folglich höchste Zeit, daß da endlich einmal Remedur geschaffen werde. Wenn die einzelnen Herren Ober- und Scharfmacher in Knittelfeld Mitglieder des Lebensmittelmagazins sein wollen, dann sind sie eben nichts anderes als Mitglieder, ebenso wie der letzte Oberbauarbeiter.

In die Verwaltung selbst aber gehören Menschen, die nicht als Vorgesetzte der Mitglieder auch hier ihre Scharfmacherpropaganda treiben wollen und können, sondern Männer, welche aus Liebe zur Sache sich in den Dienst derselben stellen.

Bahnamtlich verriegelte Gasöfen. Passagieren der Wiener Stadtbahn, die die Station Praterstern berühren, dürfte vielleicht schon die dort in den Vorhallen zu den Ausgangs- und im Warteraum befindlichen Gasöfen aufgefallen sein.

weih, von der nicht anzunehmen ist, daß sie moderne Gasöfen zu dem Zweck aufstellen ließ, damit sie im Winter mit einer Plombe versehen werden. Vielleicht hat nun die Direktion die Geneigtheit, den dortigen Vorstand, der mit Rücksicht auf die Eripantissprämien an den Gasöfen mit der Plombe ein Interesse haben dürfte, über den eigentlichen Zweck einer Heizvorrichtung zu belehren.

Korrespondenzen.

Wien. (Wohlthätigkeitsball der Spangbahner.) Der am 30. Jänner abgehaltene Ball der Spangbahner hat auch diesmal wieder günstig abgegeschlossen. In Spenden sind uns zugelommen von den Herren: Verwaltungsräten Kaspers und Grünebaum, Regierungsrat Herwegen, kaiserlichen Räten Vielland und Horat, Inspektoren Képes und Kirsch, Stationsvorstand Bednak, Dr. Kerzhauer; weiters von den Herren: Arbel, Dianatschel, Duchel, Wondral, Fuchs, Kóschl, Kisska, Knoblich, Roth, Anderietz, Karba, Kottler, Wallner, Schmidt, Passler jun., Böhmman, Wihlitzky, Berger, Koubin, Fräulein Zinzschla, Herren Scheidbach, Markl, Schmiedl, Edler, Jndra, Walzel, Goltvas; von den Restaurationsbesitzern: Dettler und Hampels Witwe, insgesamt der Betrag von 141 Kr.

Das sind monatliche Verdienste von qualifizierten Arbeitern, davon erhalten die Leute wöchentliche Monatszahlungen, die sich zwischen 14, 16 bis 22, 24 Kr. bewegen.

Wir wollen in puncto dessen nicht weiter mit Ihnen polemisieren, aber so viel wollen wir betonen, wenn Sie Herr kaiserlicher Rat ein entgegenkommendes Personal erwarten, müssen auch Sie vorerst den guten Willen an den Tag legen, dem Personal ein wirklich gerechter und wohlwollender Vorgesetzter zu sein und nicht wie es Ihre Gewohnheit ist, dem Personal bei jeder Gelegenheit „eins auf's Zeug zu schießen“.

Wir wollen nur auf eins hinweisen. Der Eingang in den Bahnhof durch das Gültgatter, wo bloß zwei Geleise zu überschreiten sind, ist dem Personal bei Gängen in und außer dem Dienst streng untersagt, während die Postbediensteten, denen sogar bei Nacht noch das Tor geöffnet werden muß und ganz fremde Personen ein- und ausgehen, ja, in manch bedenklich-gefährlichen Fällen wird solchen Leuten noch ein Begleiter zum Schutze über das Geleise beigegeben.

Es dünkt uns, als wäre wieder die Zeit nicht fern, wo Sie Herr kaiserlicher Rat ein Sanatorium auffuchen werden müssen, damit die fixe Idee, das unterstellte Personal plagen zu müssen, geheilt würde.

Für diesmal enden wir und er hoffen eine Besserung in dieser Hinsicht.

Wien. (Dehnenarbeiter der Strecke Taxenbach-Schwarzach-St. Veit.) Der aufmerksame Reisende, den sein Weg durch das wildromantische Salzthal führt, bemerkt oft an schräg oder senkrecht abfallenden Felsen Arbeiter, die an einem um den Leib geschlungenen Seile befestigt, die Felsen von abbrechendem Gestein und Eis befreien.

Als eine Entschädigung für diese beschwerliche Dienst-

Ortsgruppe Mardregg. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß Samstag den 6. März 1909 die Generalversammlung stattfindet. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Neuwahlen. 3. Eventuelles.

In Anbetracht der Wichtigkeit wird um zahlreiches Besuch ersucht.

Zahlstelle Zell am See. Es diene den geehrten Mitgliedern zur Kenntnis, daß an jedem ersten Samstag im Monat in Herrn Heizmanns Gasthaus „zum Kuervirt“ in Zell am See ein Diskussionsabend eingeführt wurde.

Zahlstelle Chodau. In den letzten Monatsversammlungen wurde leider die Wahrnehmung gemacht, daß die Mehrzahl der Mitglieder ihren Mitgliedsbeiträge sehr faulemässig nachkommt.

Die Zahlstellenleitung sieht sich daher gezwungen, die Mitgliedschaft öffentlich an die Folgen dieser Vauheit zu erinnern und sie zu ermahnen, der Vereinstätigkeit mehr Interesse zuwenden.

Die Monatsversammlungen finden immer am 4. eines jeden Monats statt; fällt der 4. an einen Sonntag, so wird die Monatsversammlung am 6. abgehalten.

Ferner diene den Mitgliedern, welche mit ihren Mitgliedsbeiträgen noch im Rückstand sind, zur Kenntnis, dieselben ehebaldigst zu begleichen, da sonst statutenmäßig vorgegangen wird und jene Mitglieder alle Rechte auf den Verein verlieren.

Ortsgruppe Brunn I. Die ganzjährige Hauptversammlung der Ortsgruppe Brunn I findet Sonntag den 7. März 1909 um 3 Uhr nachmittags im Gasthause „zum Rebod“ in Rumowitz mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Wahl des Ausschusses. 3. Vortrag des Genossen Düsel aus Wien. 4. Freie Vorträge.

Auf vollständiges Erscheinen der Mitglieder wird reflektiert.

Ortsgruppe Komotau. Die Genossen des Heizhauses Komotau mögen zur Kenntnis nehmen, daß anstatt der Genossen Sattler und Dik der Genosse Wenzel Wondra, Heizhausbesitzer der V. E. W., die Monatsbeiträge einzufassen wird.

Die Vereinstätigkeit wird durch die Beiträge der Mitglieder gefördert, die bei eventuellen Vorkommnissen sie auf keinen Rechtschutz Anspruch hätten und sind die Beiträge wsmöglichst vor dem 6. eines jeden Monats abzuführen.

Ortsgruppe Saaz. Am 8. März l. J. findet im Vereinslokal, Gasthaus Patrowsky, die Generalversammlung statt.

Es ist Pflicht der dienstfreien Genossen, zahlreich zu erscheinen, um die Wahl des Ausschusses vornehmen zu können. Referent aus Prag.

Genossen, bringt eure Frauen mit! Die Mitgliedsbücher sind behufs Kontrolle an den Kassier abzugeben.

Ortsgruppe Prgenz. Wegen der bevorstehenden Generalversammlung werden alle Mitglieder der Ortsgruppe Prgenz ersucht, ihre Mitgliedsbücher behufs Kontrolle im März an die Subkassiere abzugeben.

Die Subkassiere werden ersucht, die Mitgliedsbücher schon im Laufe dieses Monats bestimmt einzuziehen, damit die Kontrolle anfangs März erfolgen kann.

Ortsgruppe XV., Fünfhaus. Es diene den geehrten Mitgliedern zur Kenntnis, daß die diesjährige Generalversammlung der Ortsgruppe am 8. März l. J. um 6 Uhr abends in Satomons Gasthaus, XV., Gasgasse 3, stattfindet. Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Berichte. 3. Neuwahlen. 4. Rezitationen erster und heiterer Natur. Hierauf gemütliches Beisammensein mit Unterhaltung.

Genossen, erscheint zahlreich mit euren Frauen! Von Mitgliedern eingeführte Gäste herzlich willkommen!

Ortsgruppe Weich a. D. March. Das Vereinslokal befindet sich im Hotel Balogna, wo jeden ersten Dienstag und 15. im Monat Bücher aus der Bibliothek entliehen werden.

Alle Zuschriften sind an den Obmann Franz Schwala zu senden.

Zahlstelle Passau. Bei der am 8. Februar d. J. stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Johann Kitzl, Obmann; Josef Mayer, Vizepräsident; Kassier; Josef Großpointner, Weichenwächter, Bibliothekar.

Sämtliche Zuschriften sind an Johann Kitzl, Portier in Passau, zu senden.

Ortsgruppe Brün. Es diene den geehrten Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 7. März 1909 die diesjährige Generalversammlung, abends 8 Uhr, in Cusoles Restaurant mit folgender Tagesordnung stattfindet: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Bericht der Funktionäre. 3. Neuwahl des Ortsgruppenausschusses. 4. Eventuelles. 5. Vortrag (Referent aus Prag).

Sollte die Versammlung zur festgesetzten Zeit nicht beschlußfähig sein, so findet eine Stunde später eine zweite mit derselben Tagesordnung statt, welche ohne Rücksicht auf die Mitgliederzahl beschlußfähig ist.

Wir ersuchen um ein rechtzeitiges und zahlreiches Erscheinen, damit die Versammlung nicht unnötig verzögert wird. Die Frauen sind mitzubringen und Erscheinen ist Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Ortsgruppe Hannsdorf. Sonntag den 28. Februar, um 3 Uhr nachmittags, findet bei Herrn Josef Weich in Goppersdorf eine öffentliche Vereinsversammlung statt, wozu ein vollständiges Erscheinen notwendig ist; besonders diejenigen alten Arbeiter, welche vor dem Jahre 1907 schon bei der Bahn als ständige Arbeiter gearbeitet haben und jetzt von der außerordentlichen einmaligen Zuzunahme nichts bekommen haben, mögen zahlreich erscheinen.

Ferner diene dem Stationspersonal der l. l. Staatsbahndirektion Olmütz zur Kenntnis, daß alle Anträge an Genossen Josef Krist, Verschubaufseher in Hannsdorf, rechtzeitig und mit genauen Angaben dieses Monat noch bekanntzugeben sind. Anträge ohne genaue Detaillierung können nicht durchgeführt werden.

Ortsgruppe Wiener-Neustadt. Einladung zu der am Sonntag den 28. März, um 3 Uhr nachmittags, im hiesigen Arbeiterheim stattfindenden ganzjährigen Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Generalversammlung. 2. Berichte der Funktionäre. 3. Neuwahl der Ortsgruppenleitung. 4. Vortrag. 5. Anträge und Anfragen. Werte Genossen! Erscheint zu dieser wichtigen Versammlung recht zahlreich. Bringt der Ortsgruppenleiter mit und zeigt, daß ihr an dem Aufschwung unserer Organisation ein wohlverdientes Interesse habt.

Ortsgruppe Leoben. Mit Einzahlungsblok sind beteiligt: Für die Eisenbahn: Konrad, Dingens Pirker, Bierhoff,

Mader, Edlinger, Boich, Michetjäger in Kalwang und Schrabacher in Wald.

Für die Südbahn: Reich, Schlar, Kosi, Gjöllner, Jfidor Pichler und Moser in Trofaiach.

Jedes Mitglied wird ersucht, nur an die mit Einzahlungsblok beteiligten Genossen ihre Beiträge rechtzeitig zu entrichten und von diesen stets sofort den Coupon abzuverlangen, damit der Bezug des Fachblattes keine Störung erleidet.

Ortsgruppe Friedsdorf. Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Monatsversammlungen jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal stattfinden, wo auch die Monatsbeiträge vom Kassier angenommen werden. Die Mitglieder werden ersucht, bei diesen Versammlungen immer recht zahlreich zu erscheinen.

Zahlstelle Monfalcone. Am 28. d. M. findet in Monfalcone im Vereinslokal eine allgemeine Eisenbahnerversammlung nach § 2 statt. Die p. t. Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. In der Versammlung wird Genosse Josef Kopac aus Trieste teilnehmen. Versammlungsbeginn halb 4 Uhr nachmittags.

Ortsgruppe Olmütz. Sonntag den 14. März, 1 Uhr nachmittags, findet im Vereinslokal „Prerauer Bierhalle“ in Sobolein die ganzjährige ordentliche Generalversammlung der Ortsgruppe statt. Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls der vorjährigen Generalversammlung. 2. Bericht der Funktionäre. 3. Neuwahl der Funktionäre. 4. Eventuelles.

Sollte um die angeführte Zeit die Generalversammlung nicht beschlußfähig sein, findet eine Stunde später, das ist präzis 2 Uhr nachmittags, ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder, eine zweite Generalversammlung mit derselben Tagesordnung statt.

Die Mitglieder werden auf das dringendste ersucht, pünktlich zu erscheinen, damit auch die auswärtigen Mitglieder daran teilnehmen können.

Es diene weiters den Mitgliedern zur Kenntnis, daß jene, die zur Zeit der Generalversammlung drei Mitgliedsbeiträge schulden, ihre Mitgliedsrechte bei der Generalversammlung nicht ausüben können. Jene Mitglieder, die gleichzeitig Mitglieder des Konsumvereines sind, werden ersucht, die Anteile ehestens zu entlegen.

Ortsgruppe Dux. Es diene den Mitgliedern der Ortsgruppe Dux des Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsvereines für Oesterreich zur Kenntnis, daß die diesjährige ordentliche Generalversammlung am Sonntag den 7. März, um 7 Uhr abends, im Vereinslokal „Kronprinz Rudolf“ stattfindet. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Genossen in toto werden aufgefordert, vollständig zu erscheinen.

Ortsgruppe Wiesel-Oberleitensdorf. Es diene den Genossen zur Kenntnis, daß die nächste Monatsversammlung wegen Abhaltung der Generalversammlung entfällt.

Die Generalversammlung findet am 7. März um 3 Uhr nachmittags im Vereinslokal bei Herrn Scharf „zum weißen Schwan“ statt. Von der Zentrale wird ein Referent entsendet werden und wir ersuchen die Mitglieder, mit ihren Frauen sich zahlreich an der Generalversammlung zu beteiligen. Gäste sind freundlich eingeladen.

Zahlstelle Nagagedl. Eisenbahner der Strecke Krassitz, Tumulshau bis Ungarisch-Gradiß, Otrawitz-Jim-Blisowitz! Am 28. d. M. findet in Nagagedl im Gasthaus „zum blauen Stern“, in unserem Vereinslokal, eine öffentliche Eisenbahnerversammlung um 3 Uhr nachmittags mit der Tagesordnung: „Durchführung der Zugeständnisse auf den l. l. Staatsbahnen und Wert der Organisation“ statt. Referent Genosse Brodecky aus Prag. Genossen, erscheint alle, auch mit den Frauen! Alle Zuschriften sind zu richten in Vereinsangelegenheiten an den Leiter Genossen Ignaz Engel, Otrawitz, Nagagedl, in Geldangelegenheiten an Genossen Franz Strauß, Nagagedl.

Ortsgruppe Alt-Pata. Die geehrten Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher, respektive Legitimationskarten zwecks Vornahme einer Revision und Abstemmung derselben bei dem nächsten Vereinsabend abzugeben. Ferner werden die Funktionäre sowie die Mitglieder ersucht, die Vereinsversammlungen und Vereinsabende zahlreicher zu besuchen als wie bisher. Zugleich machen wir die Mitglieder aufmerksam, daß die Vereinsabende jeden zweiten Mittwoch im Vereinslokal „zur alten Post“ in Alt-Pata abgehalten und Beiträge entgegengenommen werden.

Ortsgruppe Brün. Es diene den geehrten Genossen zur Kenntnis, daß am 28. Februar d. J. in Eurofers Restaurant eine Tanzunterhaltung stattfindet, wozu alle Genossen und Kollegen freundlichst eingeladen werden.

Ortsgruppe Humberg. Am Sonntag den 28. Februar 1909, um 6 Uhr nachmittags, findet im Vereinslokal, A. Wasch Gasthaus in Humberg, eine außerordentliche Generalversammlung mit Neuwahl der Ortsgruppenleitung und Vortrag eines Wiener Referenten statt. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Ortsgruppe Jedlesee. Es werden hiermit alle Mitglieder der Ortsgruppe in Kenntnis gesetzt, daß Samstag den 6. März 1909, um 7 Uhr, in Herrn Karl Drobak Gasthaus, XXI, Pragerstraße 78, die ordentliche Generalversammlung stattfindet.

Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß im Falle der Nichtbeschlußfähigkeit um 7 Uhr, die Generalversammlung um 8 Uhr, ohne Rücksicht auf diese, abgehalten wird.

Bekanntmachung der Administration.

Aufruf!

Obwohl wir an dieser Stelle zu wiederholtenmalen an die säumigen Ortsgruppenfunktionäre das Ersuchen gestellt hatten, uns den Fragebogen über den Mitgliederstand nach Kategorien getrennt für das Jahr 1908 in allen seinen Details ausgefüllt einzusenden, müssen wir leider konstatieren, daß dies bei nachfolgenden Ortsgruppen bis zum 18. Februar 1909 keine Berücksichtigung gefunden hat:

Ala, Dornslaw, Breznik, Dibacca, Görz I, Görz III, Kolomea, Neu-Sandez, Probnik, Przemysl, Rovereto, Rzeszow, Schwarzenau, Stryj, Trieste I.

Damit nun die Fertigstellung des Berichtes keine Verzögerung zu erleiden braucht, ersuchen wir die Besitzer dieser Fragebogen um ehebaldigste Zusendung derselben.

II.

Es kommt öfters vor, daß die Genossen funktionäre die bei der Administration bestellten Druckorten nach ihrer Angabe erst nach wiederholter Reklamation erhalten, was ihnen den Anlaß zu Schimpereien über das Ausschreibungsbureau der Zentrale zu geben scheint. Wir können nicht unterzügen, wie weit die einzelnen Ausstellungen gerecht seien, machen aber die Genossen funktionäre aufmerksam, daß dies vermieden werden kann, wenn von ihnen die Bekanntmachungen der Administration jedesmal gelesen werden.

Wir machen sie weiter aufmerksam, daß eine Bestellung, die mit einem kurzen Vermerk einem langen Schreiben, das an das Sekretariat, Rechtschutzbureau oder an die Redaktion gerichtet ist, beigelegt wird, bei der Fülle der Arbeit leicht übersehen werden kann und an die zuständige Stelle gar nicht gelangt. Diese Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir die Genossen

Funktionäre, die Bestellungen von nötigen Druckorten auf einem separaten Blatt Papier unter Angabe der vollständigen Adresse des Bestellers einem Schreiben beizuschließen und dahin zu trachten, daß mit einer solchen Bestellung der Vorrat aller nötigen Druckorten für längere Zeit ergänzt wird und nicht, wie es in der Regel geschieht, jede Druckorte separat im Abstand von einigen Tagen zu bestellen, wodurch eine Unmenge von Arbeitszeit und Postporto unnütz verloren geht.

III.

An unsere Kalenderkolportiere.

Indem die diesjährige Kalenderauflage längst begriffen ist und über unser an die Ortsgruppen ergangenes Ersuchen um Retournerung der nicht verkauften Kalender keine mehr retourniert werden, ersuchen wir, keine Bestellungen mehr an uns zu richten, und schließen die Bitte an, die an uns schon abgeordneten Bestellungen nicht zu reklamieren, weil wir aus den angeführten Gründen nicht in der Lage sind, dieselben zu effektuieren. Gleichzeitg ersuchen wir, die bereits verkauften Kalender ehebaldigst zur Verrechnung zu bringen.

Briefkasten der Redaktion.

S. R. S. in Siefau. Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Wenn Sie das betreffende Inserat genauer lesen, werden Sie herausfinden, daß um 10 S. nicht ein Phonograph, sondern nur ein Prospekt zugesendet wird, den Sie auch ohne weiteres erhalten dürfen. — F. G. Policka. Ihrem Wunsche können wir leider nicht entsprechen. — S. B. Gänserdorf. Aus Ihrem Bericht können wir nicht klug werden, was Sie wollen. — Konastok. Solange die St. E. G. nicht verstaatlicht, respektive das Personal von der l. l. St. B. nicht übernommen ist, hat der von Ihnen angeführte Ertrag für das Personal der St. E. G. keine Gültigkeit.

Inferate advertisement with text: Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Immer geartete Verträge antwortung.

Richard Küller advertisement: Ungeübte rasieren sich völlig gefahrlos mit meinen Sicherheits-Rasierapparaten. Nr. 523, wie Abbildung, per Stück K 3.00. Nr. 526, einfache Konstruktion, per Stück K 2.50.

Paul Alfred Goebel advertisement: Um meine Waschmaschinen à 24 Kronen mit einem Schläge überall einzuführen, habe ich mich entschlossen, dieselben zu obigen billigen Preis ohne Nachnahme zur Probe zu senden! Kein Kaufzwang! Ziel 3 Monat! Durch Seifenersparnis verdient sich die Maschine in kurzer Zeit! Leichte Handhabung! Leistet mehr wie eine Maschine zu 70 Kronen!

Fünfhauser Möbelniederlage advertisement: M. Eisenhammer, Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr. 142. (neben der Löwendergerie Schwärda) polsterte Zimmereinrichtungen à Kr. 110, 130, 150, 170, 200 u. 240.

Warning advertisement: Warnung! Am meine V. L. Kunden vor Schaben durch Verführung zu bewahren, achten Sie genau auf meine Firma Fünfhauser Möbelniederlage, da eine Konturform meine Hausnummer als Preis mitbringt, um meine p. t. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die gelben Tafeln vor dem Geschäftsort.

Blumenfreunde! advertisement: Sommer- u. Winterblüher für Zimmer und Gärten. Hochinteressante, aufsehenerregende, neue, vielblütige Begonien, Gloxinien, Salinis-Georginen, gelbe Calceolarias, gelbe u. Silberbronia, Galadinen, Rosen, Geranien, St. Ang. u. Ampelien, winterharte Hier u. Fruchtschäuler etc. Langemal blühend, alles blühbar. Wachstums Erde, selbst reichhaltig. Blumenbinder u. „Blageber“ kann beigegeben werden. Preisliste umsonst. J. SUZA, Pottenstein a. A., Böhm.

Tausch advertisement: Welcher stabile Sattler oder Tapezierer einer deutschen l. l. Staatsbahnwerkstätte wäre geneigt, mit mir zu tauschen. Josef Baisch, Sattler und Tapezierer, l. l. Staatsbahnwerkstätte Pilsen, Rotterovgasse 29, 2. Stock.

Grässlich advertisement: hohe Preise werden oft für Heron- und Damaufsto bezahlt. Dies können Sie nur vermeiden, wenn Sie direkt vom Tuchfabrikanten kaufen. Franz Schmidt, Jägerndorf 76 (Oest.-Schles.)

Böhmische Bettfedern billigst!

5 kg neue, gut geschlossene K 9-60, bessere K 12-...
 5 kg weisse, daunenweiche, geschlossene K 12-... bessere
 K 24-... 5 kg schneeweisse, daunenweiche K 30-...
 bessere K 36-... 5 kg allerfeinster Herrschaftschleiss
 K 48-... 5 kg schneeweisse, daunenweiche, ungeschlossene
 K 24-... 30-... die besten K 36-... Daunen (weisse Flaum),
 kolossal füllend, per 1 kg K 3-60, 4-80, 5-40, 6-...
 Versand franko, per Nachnahme. Umkauf nach Porto-
 vergütung gestattet. **D. SOHNÜRMACHER, Bettfedern-Versand-**
geschäft, Taus 275, Böhmen.

Diesen neuesten Petroleum-Heiz- und Kochofen

mit Zierplatte
 wenn er als Heizofen benützt u. mit Kochplatte für 3 Töpfe, wenn er als Kochofen benützt werden soll, liefert er einschliesslich Zier- u. Kochplatte **für nur K 28-—** gegen 3 Monate Ziel.
 Ganz enorme Heizkraft! Einfachste Behandlung! Kein Russ und kein Rauch! Absolut geruchlos! Geringster Petroleumverbrauch! Angenehm und billig als Kochofen im Sommer und als Heizofen im Winter. — Der Ofen heizt das grösste Zimmer! Petroleumverbrauch ganz gering.
 Staunenregende Erfindung! — Lieferung direkt an Private
 Schreiben Sie sofort an: **PAUL ALFRED GOEBEL, INNSBRUCK.**

Die echten Original-Tigerdecken sind für jeden sparsamen Haushalt geradezu unentbehrlich, weil dieselben für jeden Zweck brauchbar sind.



Original Tiger-Schlafdecken

Grösse zirka 124x200 cm, Gewicht zirka 1000 g per Stück K 2-80. Grösse zirka 99x175 cm, per Decke K 2-30. Gesäumt, fertig zum Gebrauch. Langjährig bewährte, sehr haltbare, wollige und kräftige Decke bester Qualität. Solide, prachtvolle Muster. Ein Postpaket = 4 Stück Decken liefert portofrei. Kein Risiko! Bei Nichtgefallen nehme Decken zurück und zahle Geld retour. Ungezählte Anerkennungen und tausende von belangreichen Nachbestellungen.
 Drei Belobungsschreiben:
 Es wundert mich, dass es Ihnen möglich ist, für einen derart niedrigen Preis solch elegante Decken zu liefern.
 Postassistent Weiss in F.
 Die vor zwei Jahren erhaltenen 155 Stück Tigerdecken haben sich bei allen Kollegen als haltbar und waschecht erwiesen. Die jetzt erhaltenen 80 Stück sofort vergriffen, so dass ich heute sofort 30 Tiger... bestellen kann. Wer sieht, kauft sofort.
 O. N., Briefträger in Ch.
 Die in den Vorjahren von Ihnen bezogenen Tigerdecken sind unzweifelhaft und haben als eine gute Ware bei meinen Abnehmern allgemeine Anerkennung gefunden.
 O. Böhrele, Bahnbeamter i. P.
 Ein Zeichen der Redlichkeit ist das grosse Renomee meiner Firma, denn nicht weniger als zirka 30.000 Kunden aus den Kreisen der Herren Eisenbahn- und Postbeamten zählen zu meinen Abnehmern. An die festangestellten Herren Eisenbahn- und Postbeamten liefere ich ohne Nachnahme gegen 1 Monat Ziel.
Theodor Müller, Versandgeschäft Warnsdorf in Böhmen.
 Verlangen Sie bitte Preislisten, dieselben sende portofrei.

Maschinenführer erhalten dreifache Prämie

bei Verwendung meines erprobten Kohlenpapiers — 300 Gramm genügen für 1000 Kilogramm Kohle — der Kilogramm 6 Kronen. Gebrauchsanweisung und 300 Gramm Proben bei der

Amerikanischen Agentie
 Wien 9/2, Seberingasse Nr. 15.

Billige böhmische Bettfedern!

5 kilo neue, geschlossene Nr. 9-60, bessere 12 Nr., weisse, daunenweiche, geschlossene 18 und 24 Nr., schneeweisse, daunenweiche, geschlossene 30 und 36 Nr. Versand franko per Nachnahme. Umkauf und Rücknahme gegen Portovergütung gestattet.
Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 170 bei Pilsen (Böhmen).

Möbelhaus Eduard Arnstein IX., Porzellangasse 60

gegenüber dem Franz Josefs-Bahnhof.
 Solideste und beste Einkaufsquelle! Politerte Einrichtungen von K 110, 130, 210 aufwärts. Kücheneinrichtungen K 30, 40, 60. Komplette Schlaf- und Speisezimmer, altdeutsch und modern, von K 280 aufwärts. Ottomanen, Diwans etc. Nur eigene Erzeugung.
Eisenbahner geniessen besondere Ermässigung!
 Provinzaufträge werden ebenso gewissenhaft expediert wie bei persönlicher Auswahl. Zufuhr zu allen Bahnhöfen und Bezirken kostenfrei. Preiskurante gratis und franko.

Eisenbahner

Den p. t. Ortsgruppen und Fachvereinen der
 empfiehlt sich zur schleunigen und sorgfältigen Herstellung jeglicher
Druckarbeiten
 als: Zeitungen, Werke, Broschüren, Vereinsblätter, Statuten, Anträge, Birkulare, Einladungen etc. etc., und zur Lieferung von Papier jeglicher Gattung, Kuverts etc. etc. die
Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“
 Zwoboda & Co.
 Wien, VI., Mariahilferstrasse 89 A.
 Druckerei der „Arbeiter-Zeitung“, des „Eisenbahner“ und vieler anderer sozialdemokratischer Blätter.

Konsumverein für Bedienstete der k. k. österreichischen Staatsbahnen St. Pölten registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

General-Versammlung

welche Sonntag den 7. März 1909 in den Stadthallen (Heiner Saal) um 3 Uhr nachmittags stattfindet.
 Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Genehmigung der Bilanz und Erteilung des Abschlusses auf Antrag des Aufsichtsrates. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Wahl des Aufsichtsrates und dessen Ermächtigung. 5. Erteilung der Prokura an Bedienstete des Konsumvereines. 6. Abrechnung von Verlusten. 7. Ergänzung und Abänderung der Statuten. 8. Entschädigung über eventuelle Beschwerden gemäß Punkt 5 des § 24 des Genossenschaftsvertrages. (Eventuelle Anträge von Mitgliedern sind bis längstens 31. Jänner 1909 von mindestens 30 stimmberechtigten Mitgliedern beim Vorstand schriftlich anzumelden.)
 Am Falle zur festgesetzten Stunde (laut Genossenschaftsvertrages § 25) die Generalversammlung beschlussfähig erscheint, findet die neue ordentliche Generalversammlung im selben Saal und am selben Tage um 3 Uhr nachmittags mit derselben Tagesordnung (§ 27) ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen, beziehungsweise vertretenen Mitglieder statt.
 Für den Vorstand: **Leopold Gelf, Johann Gruber.**

Bettnässen.

Befreiung sofort! Glänzende Anerkennungen. — Alter, Geschlecht angeb. Broschüre umsonst: **Institut „Aesculap“** Stadthof 101a, Bayern.

„Flugrad“

übernimmt Spareinlagen auf Einlagebüchel in jeder Höhe und verzinst dieselben mit **4 1/2 Prozent** vom Tage der Einlage bis zum Tage der Behebung.
 Kollegen! Eisenbahner! Durch Anlage eurer Ersparnisse beim „Flugrad“ erreicht ihr ausser der guten Verzinsung den idealen Zweck gegenseitiger Hilfe: die eingelezten Gelder werden für Darlehen an bedürftige Eisenbahner verwendet.
Vertrauensmänner werden gesucht.

fleisch! **fleisch!**
 Versende vorzügliches, frisches Fleisch in Postpaketen à 5 Kilogramm per Nachnahme franko jeder Station, und zwar: Rindfleisch Nr. 5-20, Kalbfleisch 5 Kr., zur besten Zufriedenheit. Bitte bei Bestellung die Fleischsorte anzuführen.
Josef Ritter, Fleischexport, Zator, Galizien.

Warnung vor Irreführung!

Es mache die geehrten Leser dieses Blattes aufmerksam, dass in letzter Zeit wieder meine Anfertigung von fremden Händlern nachgemacht werden, welche ordinäre Nachahmungen, die überall K 3-— kosten, als echte „Eisenbahn-Roskopf“ anpreisen. Die echten „Eisenbahn-Roskopf“-Uhren, welche ich seit vielen Jahren zur besten Zufriedenheit der k. k. Staatsbahnen liefere, sind nur mit obiger Schutzmarke von meiner Firma allein zu haben und sind alle anderen Anfälschungen blumige Nachahmungen.
 Meine Original-„Eisenbahn-Roskopf“ Uhren ohne Schutzmarke K 7-—, mit Schutzmarke K 8-—, — 3 Jahre Garantie. — Versand per Nachnahme.
Max Böhnel, Wien IV., Margarethenstrasse 27/9
 Uhrmacher, gerichtl. beid. Schätzmeister und Sachverständiger.
 5000 Bilderkatalog umsonst und portofrei.

fleisch-Versand!
 Versende Kalbfleisch vom Schlegel 5 Kilogramm Nr. 5-20, Rindfleisch, hinteres 5 Kilogramm Nr. 5-40, franko gegen Nachnahme zur vollsten Zufriedenheit, leiste Garantie.
Ludwig Herschlowitz, k. k. Staatsbeamten-Vereins-Vorstand, Lieferant, Zator, Galizien.

Kaufe bei Kraus!
 wer gediegene, schöne Leinwand schätzt!
 1 Stück guten Hemden-Chiffon... 84 cm breit, 20 m lang K 8-—
 1 „ beste Irländer... 23 „ „ „ 11-—
 1 „ Krausleinwand... 90 „ „ „ 15-00
Krausleinwand (echtes Luisianatuch) ist ein weicher, weisser Wäschestoff, durch jahrelange Haltbarkeit berühmt. 1 Dutzend Strapaz-Handtücher (Leinen), 40 x 100 cm gross, K 3-20, 6 Stück Leintücher ohne Naht, aus bester Flachleinwand, 150 x 200 cm gross, K 13-20 oder 150 x 225 cm gross, K 14-80.
Waschechte moderne Zephyre, Oxforde, Bettzeug, Tischwäsche etc.
 überraschend billig, versendet an Private gegen Nachnahme:
Mechanische Weberei und Leinenfabrik JOS. KRAUS, Nachod VII, Böhmen.
 Muster jeder Art Webwaren für Haushalt und Ausattung kostenlos.

Bettnässen
 Befreiung garantiert sofort. Auskunft kostenlos. Alter und Geschlecht angeben! Glänzende Dankschreiben. Aertzlich empfohlen.
Institut „Sanitas“ Velburg P. 103 Bayern.

Günstiger Gelegenheits-Verkauf
 für Kaufleute, Hausierer und auch Private.
40 Meter Reste nur 15 Kronen!
 Wunderbare Kleider-Zephyre, vorzügliche, weisse Leinwand auf Wäsche, echtfarbige Bettzeuge (Kanevas) und doppelfädigen Ia Oxford auf Hemden. Restenlänge 6 1/2 Meter, garantiert fehlerfrei, Ia und waschecht. Mindestabnahme 1 Paket = 40 Meter um 15 Kronen gegen Nachnahme. Für Nichtpassendes sende sofort Geld retour. Bei grösserer Abnahme 3 Prozent Nachlass.
S. STEIN, Leinenweberei, Nachod in Böhmen.

Möbel
 staunend billig. Politerte Zimmer K 120, Müdeutsches Zimmer K 280, Kücheneinrichtungen von K 28 aufwärts, 2 Walzenbetten K 30, Doppelschiffen K 30, Dekorationsdivan K 44, eintüriger Kasten K 18, vieles andere spottbillig. Eisler, Tischler- und Tapezierermeister, Wien, XV., Sperrgasse 1. Straßenbahnhaltestelle Holzwarth.
WILHELM BECK & SÖHNE
 k. und k. Hof-Uniformierungsanstalt und Uniformsortenfabrik.
Uniformen, Kappen, Uniformsorten, Pelze Pelzblusen und Zivilkleider.
 Filialen: SARAJEVO und BUDAPEST. Fabrik: WIEN, INNSBRUCK, WIEN, VIII/3, Langgasse 1. Burggraben Nr. 31. VI/2, Hirschengasse 35 LEMBE G, Walowa 11 etc. etc.
 Preiskataloge und Massanleitungen gratis. Provinzaufträge werden sofort effektiert.
 Herausgeber Josef Tomisch. — Verantwortlicher Redakteur Franz Gill.
 Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Zwoboda & Co. Wien, VI., Mariahilferstrasse 89a.

Heile die Trunksucht, ehe der Trunksüchtige das Gesetz verletzt.
 Rette ihn, ehe der Alkohol seine Gesundheit, Arbeitslust und Vermögen zerstört, oder ehe der Tod die Rettung unmöglich gemacht hat.
COOM ist ein Surrogat für Alkohol und bewirkt, dass der Trunksüchtige geistige Getränke vorabschauen wird.
COOM ist vollkommen unschädlich und wirkt so intensiv, dass auch stark trunksüchtige Personen einen Rückfall niemals bekommen.
COOM ist das neueste, was die Wissenschaft in dieser Beziehung hervorgebracht hat und hat derselbe bereits Tausende von Menschen aus der Not, dem Blind und Ruin gerettet.
COOM ist ein leicht lösliches Präparat, das z. B. die Hausfrau ihrem Gatten im Morgengetränk geben kann, ohne dass er das geringste davon merkt. In den meisten Fällen versteht der Betreffende gar nicht, weshalb er plötzlich Spiritus nicht trinken kann, sondern glaubt, dass der übertriebene Genuss davon der Grund dazu sein wird, wie man oft eine gewisse Speise verabscheuen kann, wenn man dieselbe zu oft genossen hat.
COOM sollte jeder Vater seinem Sohne, dem Studenten, geben, ehe er beim Examen durchfällt; wenn er dem Trunke auch nicht besonders ergeben ist, so schwächt der Alkohol dennoch sein Gehirn. Ueberhaupt sollte ein jeder, der nicht willenskräftig genug ist, sich dem Genuss geistiger Getränke zu enthalten, eine Dose Coom einnehmen. Solbiges ist völlig unschädlich. Der Betreffende konserviert dadurch seine Gesundheit und erspart sehr viel Geld, das sonst zu Wein, Bier, Brautwein oder Likör verwendet worden wäre.
 Das Coom-Präparat kostet 5 Gulden und wird versandt gegen Vorauszahlung oder gegen Nachnahme nur durch:
COOM-INSTITUT Kopenhagen 314, Dänemark.
 Briefe sind mit 25 Heller, Postkarten mit 10 Heller zu frankieren.